Preis der Einzelnummer 10 Pfennige

Die Volkswacht erscheint wöchentlich einmal am Sonnabend.

Bezugspreis monatlich 45 Pfg. vierteljährlich 1,25 Mk., einschließl. Trägerlohn. In den Abholestellen monatlich 40 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,25 Mk. ausschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pfg.

Volkswacht

Anzeigenpreise:
Die 6gespaltene Petitzeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., die 2gespaltene Reklamezeile 1 Mk. Arbeitsnachweis- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg. Anzeigen mit Platzbestimmung werden besonders berechnet.
Bei Wiederholung Rabatt laut Tarif.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Nr 10 | Danzig, Sonnabend den 9. März 1918 | 9. Jahrgang

Der Machtfriede

Der Friede mit Großrußland ist unterzeichnet worden. Am 3. März nachmittags 5 Uhr. Pünktlich zur Sekunde möchte man sagen. Denn am Abend dieses Tages war die dreitägige Frist abgelaufen, die das deutsche Ultimatum der russischen Regierung der Bolschewiki gestellt hatte. Diesmal ist die Zeitspanne innegehalten worden. Das war möglich, weil in Brest-Litowsk nicht mehr verhandelt wurde. Es wurde befohlen und kommandiert. Die Russen hatten nur noch zu gehorchen und zu unterschreiben.

Die militärische Bedeutung dieses Friedensschlusses ist gewaltig für den Krieg, in dem Deutschland mit seinen Verbündeten von der Nordsee bis zur Adria, in Mazedonien wie in Kleinasien noch steht. Die eiserne Kette, die die Entente um die Mittelmächte gelegt, ist gesprengt. Die ganze Ostfront, die mehr als doppelt so lang ist wie die Linie des Westens und des Südens zusammengenommen, fällt künftighin fort.

Die gewaltige Ostfront ist also militärisch erledigt. Deutschland hat den Zweifrontenkrieg siegreich beendigt. Es hat den

Rücken frei

zur Fortführung des Kampfes im Westen, den die Machthaber Englands und Frankreichs noch nicht beendigen wollen, weil sie immer noch der Hoffnung nachjagen, Deutschland könne trotz allem noch im Felde überwältigt werden, die Entente könne trotz aller unübersehbaren Niederlagen doch noch den erträumten vollen Sieg erringen.

Wer mit bebendem Herzen und fiebernden Sinnen durch lange dreiundvierzig Monate die Kriegsereignisse verfolgt, die Schlachten begleitet, die Opfer beklagt hat, fühlt im ersten Augenblick eine Zentnerlast von seinen Schultern gleiten. Friede auf der einen Front! Auf der räumlich ausgedehntesten. Da darf noch die Hoffnung auf das baldige Ende an allen Fronten in die gequälten Herzen einziehen!

Militärisch betrachtet, ja. Die Kraft Deutschlands und seiner Verbündeten wird durch die Befreiung im Osten um ein Mehrfaches gestärkt. Wer den Rücken frei bekommt, kann nach vorn ganz anders um sich schlagen.

Anders wird das Bild, anders der Eindruck und anders die Perspektive, wenn wir den Friedensschluß mit Großrußland

politisch betrachten.

Denn es ist kein Friede der Verständigung, der eine lange Dauer verspricht, sondern ein Friede des Schwertes, des Diktats, der Macht, der beim Uebermundenen den Stachel der Niederlage und der territorialen Zerstückelung zurückläßt. Es ist ein Friede, der wie das deutsche Ultimatum geschlossen ist nach dem alten Spruche: Den Daumen aufs Auge, das Knie auf die Brust.

Es war nicht von Anfang an die Absicht der deutschen Regierung, nach diesem Spruche der Unerbittlichkeit vorzugehen. Wir geben gern zu, daß die verrannte Taktik der Bolschewiki und ihrer verstiegenen Doktrinen den Weg zum blanken Schwertfrieden erst frei gemacht hat. Aber danach wird man später in Rußland nicht fragen. Man wird dort nur das sehen, was der Friede gekostet, was er genommen hat, und sich nach diesen Tatsachen politisch richten, wenn die Herrschaft der Bolschewiki längst der Geschichte angehört. Das sind Wirkungen, die weit in die Zukunft weisen, die unser politisches und wirtschaftliches Verhältnis zum weiten Osten aufs engste berühren und aufs tiefste umwälzen. Deshalb beklagen wir — nicht den Frieden an sich; wie könnte man das! — wohl aber die Art, die Formen und den Inhalt, den man gegeben hat.

Die Bolschewiki haben ihn herausgefordert. Gewiß. Eine weltschauende klare Politik der deutschen Regierung hätte aber im deutschen Interesse nicht den Weg betreten sollen, den die Bolschewiki geebnet haben. Sie hätte die Bahn nicht verlassen dürfen, die sie sich noch vor einem Vierteljahr vorgezeichnet hatte.

Man mache sich das klar an den

Ereignissen der letzten drei Monate.

Es war im November. In Rußland war die Entscheidung gefallen. Die Regierung Kerenski, die das Band, das das russische Volk an den Entente-Imperialismus gefesselt hatte, nicht zu zerreißen gewagt, die trotz der Kriegsmüdigkeit der russischen Volksmassen den Krieg fortgesetzt hatte, war gefallen. Die Parteien, die jeden Gedanken an einen „Verrat an den Bundesgenossen", jedes Verlangen nach der „Schmach eines Sonderfriedens" empört zurückgewiesen hatten, waren hinweggefegt. Die Arbeiter und Soldaten Petersburgs hatten die

Bolschewiki zur Macht geführt

und die ganze Welt erwartete voll Spannung, wie die neue russische Regierung über Krieg und Frieden entscheiden werde.

Damals warben die Mittelmächte um Rußland. Jeden Tag konnten wir es von den Staatsmännern der Mittelmächte hören, jeden Tag in den offiziösen Zeitungen lesen, daß die Mittelmächte bereit seien, mit Rußland einen billigen, für beide Teile gleich ehrenvollen Frieden, einen Verständigungsfrieden ohne Annexionen und Kontributionen, einen Frieden zu schließen, der uns mit Rußland für alle Zukunft ein „freundnachbarliches, auf gegenseitiges Vertrauen gegründetes Verhältnis" sichern solle.

So hat man es im November versprochen, als Rußland sich noch nicht zum Sonderfrieden entschlossen hatte. So noch im Dezember, als die Verhandlungen mit Rußland begannen.

Seit einer Woche wissen wir, was aus dem verheißenen Verständigungsfrieden werden mußte und am 3. März geworden ist. Das deutsche Ultimatum an Rußland, das der russische Rat der Volkskommissiare unter dem Drucke des in Eilmärschen vorrückenden deutschen Heeres annehmen mußte, forderte, daß Rußland die Lostrennung der Ukraine anerkenne, auf jeden Einfluß auf die künftigen Geschicke Polens, Litauens, Kurlands, Livlands und Estlands verzichte, aus der Ukraine und Finnland seine Truppen zurückziehe. Der Inhalt des Friedensvertrags kann kein andrer geworden sein als das Ultimatum vorschrieb: Rußland muß danach auf Länder mit mehr als 50 Millionen Einwohnern,

mehr als die Hälfte aller Bewohner

seines bisherigen Gebiets in Europa verzichten. Es hat zugestimmt, daß über die Geschicke dieser Länder Deutschland und Oesterreich-Ungarn „im Benehmen mit den Völkern" entscheiden. Zu diesem „Benehmen" ist das Selbstbestimmungsrecht der Völker zusammengeschrumpft.

All das hatte Rußland binnen achtundvierzig Stunden zuzugestehen. Zur Unterzeichnung des Vertrags „haben sich die russischen Bevollmächtigten binnen drei Tagen nach Brest-Litowsk zu begeben" . . . Sie haben sich begeben und sie haben unterzeichnet, was ihnen vorgelegt worden ist. D a s ist aus dem Verständigungsfrieden geworden!

Denn Deutschland hat die Macht gehabt, Rußland diesen Frieden aufzuerlegen. Die deutschen Truppen haben Reval, die Seefestung, die den Eingang in den Finnischen Meerbusen sperrt, genommen. Sie standen zur Stunde der Unterzeichnung des Schwertfriedens vor Petersburg. Rußland hat kein kampffähiges Heer, seine Hauptstadt zu verteidigen. Rußland ist also gezwungen, zu bewilligen, was Deutschland fordert. Und Deutschland gebraucht die Macht, die es besitzt. Das

russische Riesenreich ist zerstört.

Das große Imperium, vor dem einst die Welt gezittert hat, besteht nicht mehr. Das großrussische Volk, auf sein eignes Sprachgebiet beschränkt, hat alles verloren, was es seit mehr als zweihundert Jahren, seit Peter dem Großen mit Strömen von Blut erobert hat. Seit dem Sturze Napoleons I. hat Europa keinen so furchtbaren Zusammenbruch erlebt.

Wir alle haben den Frieden mit Rußland heiß ersehnt. Aber jetzt, da der Friede endlich gekommen ist, werden wir seiner nicht froh. Denn der Friede, den das deutsche Schwert dem russischen Volk aufgezwungen hat, ist nicht der Verständigungsfriede, der uns mit dem russischen Volke versöhnen, uns d a u e r n d e n Frieden im Osten bescheren sollte. Der Friede, der jetzt geschlossen worden ist, wird allmählich das russische Volk mit tiefster Erbitterung, mit allen Leidenschaften der Rachsucht erfüllen. Er wird den russischen Nationalismus den der Sieg der russischen Arbeiter im Mai zu Boden geworfen hat, von neuem beleben. Es wird zwischen Rußland und uns ein halbes Dutzend Kleinstaaten legen, die, ein zweiter Balkan, der Gegenstand des

Ränkespiels der Großmächte,

der Ausgangspunkt von Krisen und Kriegsgefahr sein werden.

Der deutsche Schwertfriede, der an die Stelle der einen osteuropäischen Föderativrepublik, die aus dem russischen Reich entstehen konnte und sollte, ein chaotisches Gemenge von Klein- und Mittelstaaten setzt, wird in Europa eine neue Periode des Wettrüstens einleiten. Noch viel drückender, noch viel furchtbarer als die, die dem Frankfurter Frieden gefolgt ist. Mehr noch. Der Schwertfriede soll später verteidigt werden. Das heißt, unsre Kinder und Enkel werden ihn mit schweren Opfern an Gut und Blut bezahlen müssen.

So groß die Bedeutung des Friedensschlusses für die Fortführung und Beendigung des augenblicklichen Krieges ist, in Rücksicht auf die Zukunft können wir seiner nicht froh werden. Die Gegenwart zeichnet ja schon die Linien, in denen die Zukunft laufen wird. Es war die Aufgabe der deutschen Politik, den Koalitionsring, den die Entente um Deutschland gelegt, genau zu sprengen, wie die deutschen und verbündeten Waffen den stählernen Waffengürtel zerrissen haben, der fast vier Jahre lang Deutschland eingeengt und zum schrecklichsten und siegreichsten Krieg aller Zeiten gezwungen hat. Die deutschen Waffen haben ihr Ziel erreicht, die

deutsche Politik versagt.

Sie lebt noch immer von der Hand in den Munde und hat sich ein weites sicheres Friedensziel noch immer nicht stecken können. Es war ihre Aufgabe, gegen die beiden angelsächsischen Weltreiche die geschlossene Kontinentalmacht von der Nordsee bis zum Gelben Meer als ebenbürtig in das Weltgleichgewicht der Zukunft einzustellen. Nur auf diesem Weg und mit diesem Mittel läßt sich England beikommen, das den Krieg verliert, wenn es ihn nicht gewinnt.

Statt dessen errichtet Deutschland in seinem Osten eine Reihe von Zwergstaaten und schafft ein ständiges Rivalitätsgebiet mit dem zerstückelten Rußland, macht es sich also dasselbe Land zum bittersten Feinde, dessen Freundschaft zu pflegen dessen Bündnis zu kultivieren das deutsche Interesse auf das dringendste verlangt. Ueber das weite u n zerstückelte Rußland hinweg hätte sich dann in der vorherrschenden ostasiatischen Macht ein weiterer Bundesgenosse gleichsam von selbst geboten. Dann, aber nur dann hätte Deutschland den englischen Umtrieben der Zukunft im Gefühl der gesicherten politischen Fundamentierung die Stirn bieten können.

Anstatt dessen wird das zerstückelte Rußland von Deutschland fortgestoßen, irgendeiner Koalition der Zukunft heute schon überantwortet. Statt dessen gibt man

Japan den Anlaß,

aus dem nun einmal zerlegten russischen Kuchen im fernen Osten sich ein gehöriges Stück herauszuschneiden und nimmt dieser Macht die Gelegenheit, von seinen wirklichen Nebenbuhlern, England und Amerika abzurücken und im eigenen Interesse eine klare Front einzunehmen.

In längst verflossener Friedenszeit war das Wort vom Zickzackkurs durch lange Jahre lebendig und angebracht. Der politische Zickzackkurs ist während des Krieges getreulich beibehalten worden. Seine Früchte sieht man im Frieden mit Großrußland und seinen Folgen.

Dabei rechnen wir nicht etwa mit einem japanischen Eingreifen im europäischen Rußland. Davon fabeln nur die englischen und französischen Zeitungen, um ihren Lesern angesichts des östlichen Friedensschlusses Mut zum Durchhalten einzuflößen. Wohl aber wird Japan in Ostasien auf russische Kosten zugreifen müssen, um die spätere Durchführung seiner chinesischen Pläne zu sichern. Das wäre nicht nötig, wenn Deutschland mit einer geschlossenen russischen Föderativrepublik statt eines Schwertfriedens einen Verständigungsfrieden geschlossen hätte.

Die deutsche Sozialdemokratie hat seit dem ersten Tag, an dem die Möglichkeit eines Friedensschlusses aufleuchtete, für den Verständigungsfrieden gekämpft. Für einen Frieden, der in keinem Volke das bittere Gefühl erlittener Gewalt hinterlassen, der

keine Ursachen künftiger Kriege

schaffen sollte. Wir sind in diesem Kampfe unterlegen. Für den Frieden, der jetzt dem russischen Volk auferlegt worden ist, weisen wir jede Verantwortung von uns. Die politisch Herrschenden allein, die diesen Frieden dem wehrlosen russischen Volke mit Waffengewalt auferlegt haben, tragen die Verantwortung für die drohenden Folgen dieses Friedens vor der Nachwelt und vor der Geschichte.

Der 3. März des Jahres 1918 legt den Grund zu weltweiten politischen wie wirtschaftlichen Strömungen und Gebilden der Zukunft. Weder die einen noch die andern werden zu Deutschlands Nutzen ausschlagen, wenn nicht noch eine gründliche Korrektur der begangenen Fehler eintritt und in der deutschen Regierung wie in den bürgerlichen Parteien sich nicht endlich ein fester und klarer weltpolitischer Kurs einstellt.

Es hat noch kein Friede Dauer gehabt, der nur auf der Spitze des Schwertes dargereicht wurde. —

Ein friedlicher Kampf

steht bevor, wenn des blutigen Krieges Waffen niedergelegt sein werden. Für den kommenden friedlichen Kampf das Rüstzeug zur Hand zu nehmen, ist eine unabweisbare Pflicht aller Parteigenossen und Genossinnen. Das Rüstzeug ist die

Agitation für die Partei-Presse!

Darum verliert keine Zeit, schon jetzt für den kommenden Kampf tätig zu sein!

Die Schlußsitzung von Brest-Litowsk

Der „Vorwärts" erklärt zu den Verhandlungen des letzten Tages von Brest-Litowsk:

„Es ist der letzte Akt einer gewaltigen geschichtlichen Tragödie, den uns das deutsche amtliche Bureau in schmucklosester Form übermittelt. Wir erleben in diesem Bericht noch einmal das letzte Sichaufbäumen eines großen Volkes, von dem uns niemals Haß getrennt hat, gegen die drückenden Bestimmungen eines Vertrages, die wir selber aufs entschiedenste mißbilligen.

Daß dieses Gefühl auch den Diplomaten des Vierverbandes nicht ganz ferngeblieben ist, beweist die Erklärung des bulgarischen Vertreters Toscheff, man sei doch nach Brest gekommen, um einen dauernden Frieden zu schließen und nicht, um den Keim für neue Kriege zu pflanzen, die Erklärung der russischen Delegation schaffe jedoch eine Atmosphäre, die mit dieser Absicht nicht übereinstimme.

So ist es in der Tat, nur daß es nicht Worte waren, die diese Atmosphäre schufen, sondern Tatsachen, aus denen die Worte entsprangen. Man hat Frieden geschlossen und sich im Gefühle tödlicher Feindschaft voneinander getrennt.

Das ist ein tief beklagenswertes Ergebnis, das wir vorausgesehen und vor dem wir gewarnt haben. Der Vorsitzende der russischen Delegation, Sokolnikoff, hat auch noch einmal bittere Vorwürfe an die Adresse der deutschen Arbeiter gerichtet, an deren Hilfe die russische Regierung vergeblich appelliert habe. Diese Vorwürfe sind aus dem Gefühls- und Gedankenkreis der russischen Delegation heraus vollkommen verständlich, und Herr v. Rosenberg war nicht berufen, im Namen der deutschen Arbeiter auf sie zu antworten. Die deutschen Arbeiter stehen nicht hinter Herrn v. Rosenberg und der von ihm vertretenen Politik."

Anschließend hieran erklärt unser Zentralorgan, daß die deutschen Arbeiter die Hoffnungen der Bolschewiki nicht erfüllen konnten, weil sie die weit größere Gefahr eines Entente-Sieges nicht heraufbeschwören durften.

*

Einsprüche der russischen Vertreter.

WTB. Brest-Litowsk, 4. März. Nachdem die russische Delegation am 1. März die Entwürfe zum Friedensvertrag nebst Anlagen und Zusatzverträgen entgegengenommen hatte, erklärte der Vorsitzende Sokolnikow, daß er von der Durchberatung in Kommissionen absehen wolle. Am 2. März nahmen der Vorsitzende und einzelne Mitglieder der russischen Delegation Fühlung mit den Delegierten der Verbündeten, um sich über die einzelnen Bestimmungen der Entwürfe Aufklärungen zu verschaffen. Abänderungswünsche wurden russischerseits nicht geäußert. Für die Unterzeichnung der Verträge wurde in gemeinsamem Einvernehmen der 3. März festgesetzt.

Am 3. März, 11 Uhr vormittags, traten die Abordnungen unter dem Vorsitz des österreichisch-ungarischen Botschafters v. Mérey zu einer Vollversammlung zusammen. Die Vollmachten wurden geprüft und richtig befunden. Im allseitigen Einverständnis wurde vorbehalten, daß Staatssekretär v. Kühlmann und Graf Czernin ihre Unterschriften in Bukarest nachtragen sollten.

Sodann gab der Vorsitzende der russischen Delegation zwei Erklärungen ab.

Die erste Erklärung beschäftigte sich mit dem Artikel 4 Absatz 3 des Vertragsentwurfes betreffend Rußlands Verzicht auf die Einmischung in die Neuordnung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Verhältnisse in den ehemals türkischen Bezirken Erdehan, Kars und Batum. Herr Sokolnikow erklärte, daß diese Vertragsbestimmung einer Gebietsänderung ohne Befragung der Bevölkerung darstelle und von Rußland nur unter Protest angenommen werde.

In seiner zweiten Erklärung betonte der Vorsitzende der russischen Delegation, das deutsche Ultimatum habe die russische Republik im Zustande der Demobilmachung getroffen. Rußland sehe sich deshalb gezwungen, das Ultimatum anzunehmen und die ihm jetzt vorgelegten Verträge zu unterzeichnen. Dieser Friede sei kein Verständigungsfriede. Die russischen Randvölker würden unter dem Vorwande des Selbstbestimmungsrechts dem Einflusse des Gegners unterstellt, um die dort herrschenden Klassen gegen die Revolution zu schützen und die Kräfte der Gegenrevolution zu stärken. Auch in Finnland und der Ukraine stützte der Vierbund die revolutionsfeindlichen Bestrebungen. Rußland, durch den Bruch des Waffenstillstandes vergewaltigt, unterzeichne, nachdem es vergeblich an die deutschen Arbeiter appellierte, den Friedensvertrag, ohne in Verhandlungen darüber einzutreten.

Botschafter v. Mérey gab seinem Bedauern über die russischen Erklärungen Ausdruck. Die Delegationen des Vierbundes hätten gehofft und gewünscht, daß am letzten Tage die Verhandlungen friedliche, versöhnliche Töne anschlagen würden. Wenn die russische Delegation die Bestimmung über Erdehan, Kars und Batum beanstande, müsse er bemerken, daß die russischen Herren in der Lage gewesen wären und vollauf Zeit gehabt haben würden, darüber zu verhandeln und Abänderungswünsche geltend zu machen. Wenn sie die Entwürfe ohne sachliche Durchberatung im einzelnen im Bausch und Bogen angenommen hätten, so beläßen sie nicht das Recht, sich darüber zu beschweren, sondern hätten dies allein zu verantworten.

Jede Verantwortung und Schuld für die jetzige Lage Rußlands müßten die Mächte des Vierbundes ablehnen. Die Verhandlungen in Brest hätten bei voller Waffenruhe zwei Monate lang gedauert. Bei sachgemäßer Verwendung dieser Zeit würde die russische Delegation reichlich Zeit gehabt haben, das Friedenswerk auf der zu Beginn der Verhandlungen festgesetzten Grundlage durchzuarbeiten und zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Der größte Teil des Materials sei überdies in den früheren Verhandlungen tatsächlich eingehend durchberaten worden. Wenn die russische Delegation später diesen Weg verlassen hat und jetzt auf abschließende Besprechungen verzichtete, treffe die Schuld hieran ausschließlich sie selbst.

In längeren Ausführungen unter Beibringung reichen geschichtlichen, ethnographischen und geographischen Materials trat hierauf der Vertreter der ottomanischen Delegation, Aali Pascha, der ersten Erklärung Sokolnikows entgegen. Er erinnerte daran, daß die fraglichen drei Bezirke vier Jahrhunderte lang zur Türkei gehörten, daß Rußland sie als Ersatz für die von der Türkei nicht gewollte Kriegsentschädigung an sich gerissen habe und daß die Türkei, solange sie die Herrin der Bezirke gewesen, von dort aus Rußland niemals bedrohte. Den Vorwurf, daß hier Annexion vorliege, entkräftete er durch den Hinweis auf den Wortlaut der von den Verbündeten vorgeschlagenen Bestimmung, wonach die Bevölkerung das Recht haben solle, ihr künftiges staatliches Schicksal selbst zu bestimmen.

General Hoffmann legte gegen den Vorwurf einer Verletzung des Waffenstillstandsvertrages durch Deutschland Verwahrung ein, indem er auf die Erklärungen des Staatssekretärs v. Kühlmann in der Reichstagssitzung vom 19. Februar verwies. Kühlmann habe damals dem Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten klar und klar gesagt, daß mit dem einseitigen Abbruch der Friedensverhandlungen der Waffenstillstand automatisch außer Kraft trete. Trotzdem habe das widerspruchslos zur Kenntnis genommen. Die russische Demobilmachung habe nicht erst infolge des Befehls vom 18. Februar begonnen. In Wirklichkeit sei sie schon lange Wochen vorher im Gange und de facto das russische Heer am 10. Februar bereits demobil gewesen. Schon Wochen vorher wußte die deutsche Heeresleitung, daß und wieviel Kilometer russischer Stellungen nicht mehr von russischen Truppen besetzt waren. Diese tatsächlichen Verhältnisse waren der russischen Regierung natürlich genau so gut bekannt wie der deutschen Heeresleitung.

Der Gesandte Rosenberg, der hierauf das Wort ergriff, führte aus, die deutschen Delegierten hätten sich im Dezember und Januar ehrlich bemüht, einen Frieden der Verständigung zustandezubringen und hätten nicht auf Rechte gepocht, die Deutschland die Eroberung feindlicher Gebiete hätte einräumen können. In dem Wunsche, dem neuen Rußland entgegenzukommen, wurde hierauf verzichtet. Aber zu einer Verständigung gehörten zwei Parteien, die die Verständigung wünschten, und den guten Willen hierzu habe die deutsche Delegation auf der russischen Seite vermißt.

Infolge eines unseligen Verhängnisses habe die russische Delegation an die Ehrlichkeit der deutschen Absichten mit den Randvölkern nicht glauben wollen.

Inzwischen haben sich die Verhältnisse und naturgemäß auch die Forderungen Deutschlands verändert. Aber auch heute noch seien die Forderungen Deutschlands weit davon entfernt, eine rücksichtslose Ausnutzung der Machtverhältnisse darzustellen. Aber wenn die russische Delegation die drei Tage im Auge habe, die jetzt zur Verfügung ständen, so ergebe sich ein falsches Bild. Annähernd sechs Wochen habe der Waffenstillstand gedauert, bis am 10. Februar die Verhandlungen abgebrochen wurden. Also hätten der russischen Regierung nicht drei Tage, sondern sechs Wochen plus drei Tage zur Verfügung gestanden, um sich über Annahme oder Ablehnung der Friedensbedingungen schlüssig zu werden. Hierzu komme, daß die Besprechungen im Januar und Februar gerade auf den Gebieten, in den die Materie kompliziert sei, bereits zu weitgehenden Ergebnissen geführt haben. Der Friede werde Rußland nicht aufgezwungen. In der freien Entschließung des russischen Volkes stehe es, die deutschen Bedingungen anzunehmen oder den Krieg fortzusetzen. Die russische Regierung habe nicht das Recht, die Aufrichtigkeit der von Deutschland verkündeten Absichten mit der Bevölkerung der Randgebiete in Zweifel zu ziehen, um so weniger, als während der kurzen Zeit, die sie am Ruder sei, zwischen ihren Worten und ihren Taten scharfe Widersprüche festzustellen waren.

Der Vorsitzende der russischen Delegation sprach in seiner Erklärung auch vom deutschen Arbeiter. Wer glaube, daß der deutsche Arbeiter für sein Verhalten nach innen und außen Verhaltungsmaßregeln und Instruktionen vom Ausland bezieht, der kenne den deutschen Arbeiter nicht. Der deutsche Arbeiter sei derselbe Mann, der draußen in den Schützengräben seit vier Jahren mit grenzenloser Hingebung das Vaterland verteidige. Wenn er an der Einrichtung des deutschen Hauses und an der bestehenden Ordnung etwas auszusetzen habe, mache er das im eigenen Hause mit den eigenen Volksgenossen ab. Wer glaube, daß er dazu Ratschläge von draußen gebrauche, beleidige den deutschen Arbeiter.

Der Vorsitzende der bulgarischen Delegation, Toscheff, hob hervor, daß die Vertreter des Vierbundes mit den russischen Delegierten zusammengekommen seien, um einen dauerhaften Frieden zu schließen, nicht, um den Keim für neue Kriege zu pflanzen. Die Sprache und die Erklärungen Sokolnikows schufen jedoch eine Atmosphäre, die mit dieser Absicht nicht übereinstimme. Er müsse der unbegründeten Behauptung der russischen Delegation entgegentreten, daß der Vierbund Rußland vergewaltigen wolle, ein Gedanke, der Bulgarien wie seinen Verbündeten fernliege. Wenn Rußland sich in seiner heutigen Lage befinde, sei dies lediglich die Folge jener nicht genügend weit ausschauenden Politik, die Rußland geführt habe. Nach einer Entgegnung Sokolnikows, der im wesentlichen nur die früher entwickelten Gedankengänge wiederholte, und nach einigen Gegenbemerkungen des Gesandten von Rosenberg und Generals Hoffmann wurde die Sitzung um 2 Uhr auf zwei Stunden unterbrochen. Nach Wiedereröffnung um 4 Uhr wurde zur

Unterzeichnung des Friedensvertrages

geschritten, die um 5 Uhr beendet war. Sodann erfolgte die Unterzeichnung der Rechtsverträge, die bis 5½ Uhr dauerte.

Nunmehr ergriff Botschafter von Mérey das Wort und erklärte: Ich möchte den feierlichen Akt, den wir soeben vollzogen haben, nicht vorübergehen lassen, ohne der aufrichtigen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der heute unterzeichnete Friede es den Völkern unserer Mächtegruppe sowie Rußlands, die sich länger als 3½ Jahre im Kriege gegenüberstanden, ermöglichen wird, doch allmählich die früheren freundschaftlichen Beziehungen wiederanzunehmen. Nach Worten des Dankes an das Bureau und an die Dolmetscher erklärte Botschafter von Mérey die Friedensverhandlungen für beendet.

Der Kaiser an den Reichstag

WTB. Berlin, 6. März. Auf das vom Präsidium des Reichstages an den Kaiser gerichtete Glückwunschtelegramm anläßlich des Friedensschlusses mit Rußland ging an den Vizepräsidenten des Reichstages Dr. Dove nachstehende Antwort ein:

Herzlichen Dank für das Telegramm des Reichstages, dessen Fassung mich sehr erfreut hat. Der völlige Sieg im Osten erfüllt mich mit tiefer Dankbarkeit. Er läßt uns wieder einen der großen Momente erleben, in denen wir ehrfürchtig Gottes Walten in der Geschichte bewundern können. Welch eine Wendung durch Gottes Fügung! Die Heldentaten unserer Truppen, die Erfolge unserer großen Feldherren, die bewunderungswürdigen Leistungen der Heimat wurzeln letzten Endes in den sittlichen Kräften, im kategorischen Imperativ, die unserem Volk in harter Schule anerzogen sind. Sie werden uns auch durch die entscheidenden Schlußkämpfe hindurchtragen, dem endgültigen Siege entgegen. Bei den großen Aufgaben, die uns der Friedensschluß, Wiederaufbau und die Heilung der Kriegswunden stellen werden, wünsche ich meinem geliebten deutschen Volk die alte geschichtliche Erfahrung, daß Einigkeit stark macht. Möchte es mit starkem Wirklichkeitssinn, mit dem unbeugsamen Glauben an sich selbst und seine Mission, mit starkem Staatsgefühl und stolzer Freude am Vaterland an die neue Zeit und ihre Aufgaben herantreten, mit mir und meinem Hause durch die altbewährten Bande gegenseitigen Vertrauens verbunden! Ich zweifle nicht, daß aus den Stürmen und Opfern dieser Zeit eine reiche, starke und glückliche Zukunft erwachsen wird. Das Befinden des Reichstagspräsidenten Dr. Kämpf begleite ich mit den besten Wünschen für eine baldige Genesung.

Der Kaiser über den russischen Frieden

WTB. Berlin, 5. März. Der Kaiser sandte folgendes Telegramm an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg:

Nachdem gestern nachmittag der Friede mit Rußland unterzeichnet und hiermit der fast vierjährige Krieg an der Ostfront zu siegreichem Abschluß gelangt ist, ist es mir tiefempfundenes Herzensbedürfnis, Ihnen, mein lieber Feldmarschall, und Ihrem treuen Gehilfen, dem General Ludendorff, meinen und des deutschen Volkes heißen Dank erneut auszusprechen. Sie haben durch die Schlacht von Tannenberg, durch die Winterschlacht in Masuren und durch die Kämpfe bei Lodz den Grund für alle weiteren Erfolge gelegt und die Möglichkeit geschaffen, mittels des Durchbruchs von Gorlice-Tarnow die russische Armee zu weiterem Rückzuge zu zwingen und allen ferneren Anstürmen feindlicher Heeresmassen siegreich standzuhalten. Und nun ist der kostbare Siegespreis jahrelangen Ringens in unserer Hand. Unsere baltischen Brüder und Volksgenossen sind vom russischen Joch befreit und dürfen sich wieder als Deutsche fühlen.

Gott war mit uns und wird weiter helfen.

Der Kaiser an das Abgeordnetenhaus

WTB. Berlin, 6. März. Auf das vom Präsidium des Abgeordnetenhauses an den Kaiser gerichtete Glückwunschtelegramm ging nachstehende Antwort ein:

Herzlichen Dank für den treuen Gruß des Abgeordnetenhauses! Der Sieg im Osten gehört zu den größten Erfolgen der Weltgeschichte, dessen Bedeutung erst die Enkel richtig würdigen werden. Daß er das Deutschtum der baltischen Ordensländer nach menschlichem Ermessen für alle Zeiten sichert, ist mir eine große Freude und Genugtuung. Gott lasse den baldigen endgültigen Sieg folgen! Bin voll tiefer Dankbarkeit gegen das Heer und seine großen Führer.

Wilhelm, R.

Der Friedensvertrag mit Finnland abgeschlossen!

W. T. B. Berlin, 7. März. Heute mittag ist der Friedensvertrag zwischen Deutschland und Finnland, ebenso ein Handels- und Schiffahrtsabkommen, sowie ein Zusatzprotokoll zu beiden Verträgen unterzeichnet worden.

Kriegsnachrichten

Neuer Kriegsrat in Versailles

Genf, 6. März. Nach einer Meldung des „Matin" wird die neue Kriegskonferenz des Vielverbandes am 28. März in Versailles abgehalten werden. Die Hauptpunkte der Beratung werden Wilsons letzte Note und die rumänische Frage sein. Vor dieser Konferenz sind amtliche Erklärungen über die neugeschaffene Lage im Osten nicht zu erwarten.

Norwegen und Finnland

Kopenhagen, 6. März. (Kriegsztg.) Der norwegische Verteidigungsminister Holtsodt erklärte, wer meine, daß für das norwegische Heer keine Verwendung sein werde, der sehe die Lage zu optimistisch an. Die russische Gefahr sei nur durch die finnische Gefahr abgelöst, wo eine gewisse Richtung von finnischen Politikern glaube, Anspruch auf norwegische Häfen erheben zu können. Diese Ausführungen haben großes Aufsehen erregt.

Japans sibirische Aktion

Newyork, 6. März. (Reuter.) Die „Associated Preß" meldet aus Washington: Die Vereinigten Staaten sind grundsätzlich mit Japan, Großbritannien und den anderen Alliierten zu einer Uebereinkunft über das Vorgehen in Sibirien gelangt, die Einzelheiten bleiben jedoch noch auszuarbeiten.

Daß diese Uebereinkunft zunächst den Sinn hat, die Japaner gewähren zu lassen, ergibt sich aus einer Reutermeldung aus Washington, die, vom 5. März datiert, folgendes sagt: Man glaubt, daß die militärische Aktion Japans in Sibirien unmittelbar bevorsteht. Die amerikanische Regierung hat keinerlei Erklärung abgegeben. In diplomatischen Kreisen verlautet, daß die Japaner mit Rücksicht auf die dringende Notwendigkeit rasch vorgehen und gleichzeitig die diplomatischen Verhandlungen fortgehen werden, um mit den Vereinigten Staaten und den Alliierten sich über den Umfang und das Ziel der Aktion zu einigen.

„Nieuwe van den Dag" schreibt: Gegen die zunehmende Anarchie in Sibirien hatte die japanische Regierung bereits ihre Maßregeln getroffen. Es sei bekannt, daß schon vor einiger Zeit Wladiwostok wie Charbin durch japanische Truppen besetzt worden sind, „um die Ordnung zu handhaben". Der einzige eisfreie russische Hafen in diesem Weltteil, sowie der bedeutendste Eisenbahnknotenpunkt sind also bereits in der Macht Japans. Die neuen Pläne der japanischen Regierung, Pläne, die so wichtig erscheinen, daß Japans Bundesgenossen die Köpfe zusammenstecken, müssen etwas anderes bezwecken.

Es ist deutlich, betont das „Amsterdamer Blatt", daß die Regierungen der Entente im Hinblick auf Japans Pläne ziemlich beunruhigt sind. Der Ton der amtlichen Telegramme aus London, Paris und Washington verrät das zur Genüge. Es wird uns zu nachdrücklich versichert, daß die Amerikaner und Engländer am liebsten sehen würden, wenn Japan allein in Ostasien vorginge, als daß wir nicht vermuten sollten, daß sie gute Miene zum bösen Spiel machen.

Seekrieg

Nördlich wieder 21 000 U-Tonnen

Berlin, 6. März. Amtlich. Durch unsere U-Boote wurden auf dem nördlichen Kriegsschauplatz 21 000 Bruttoregistertonnen Handelsschiffsraum vernichtet. Unter den versenkten Schiffen befanden sich der englische bewaffnete Dampfer „Whitecourt", 3680 Bruttoregistertonnen, mit einer Kohlenladung, ferner zwei bewaffnete Dampfer von 5000 und 4000 Bruttoregistertonnen. Ein Dampfer hatte Erz und Holz für England. Die Erfolge wurden zum größten Teil in der irischen See erzielt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Englisches Truppentransportschiff versenkt

W. T. B. London, 6 März. (Reuter.) Der Dampfer „Calgerian" 17 500 Bruttoregistertonnen, der früher der Allan-Linie gehörte, und im Jahre 1914 gebaut wurde, ist Freitag nacht an der irischen Küste versenkt worden. Es heißt, daß mehrere Torpedos auf das Schiff abgefeuert wurden.

Wie verlautet, führte das Schiff eine Besatzung von 400 Mann und hatte außerdem 1150 Matrosen der Kriegsmarine an Bord.

Deutsche Landung auf den Alandsinseln

W. T. B. Berlin, 6. März. (Amtlich.) Ein zur Einrichtung eines Etappenplatzes für eine Hilfsaktion nach Finnland bestimmter Teil unserer Seestreitkräfte hat am 5. März nachmittags bei Eckerö auf den Alandsinseln geankert.

9. Jahrgang
Nr. 10

Beilage zur Volkswacht

Sonnabend den
9. März 1918

Landsberg zum Etat

Im Reichstag legte Genosse Landsberg in einer klugen und eindrucksvollen Rede noch einmal die Bedenken auseinander, die gegen die Friedensbedingungen in Rußland geltend zu machen sind. Es werde sich noch zeigen, wie falsch es gewesen ist, im Augenblick die Notlage des russischen Volkes auszunutzen, denn dieses Volk werde eines Tages sicher die Bahnen zu ruhiger geordneter Arbeit zurückfinden. Im zweiten Teil seiner Rede nahm sich Landsberg, die Erzbergersche Rede vom Tage vorher trefflich ergänzend, den Feldzug der Vaterlandspartei und das Verhalten der von dieser Partei und der hinter ihr stehenden Schwerindustrie pre[illegible] vor, und geißelte in schärfsten Worten das zweideutige Verhalten der Nationalliberalen in der Wahlrechtsfrage. Herr Rießer, der Hansabundspräsident, erging sich in langen Betrachtungen über den Staatssozialismus und die Uebergangswirtschaft. Der Bündlerhäuptling Roesicke hielt eine Rede, die ebensogut auf der letzten Bündlerversammlung hätte gehalten werden können. Denn er verstieg sich zu der Behauptung, daß die Bündlerversammlung nur von vaterländischem Geiste erfüllt gewesen sei und nur den Zweck gehabt habe, **der in Deutschland bereits aufgerichteten Herrschaft der Sozialdemokratie entgegenzuwirken.** (Hu! wie schrecklich. R. V.) Deshalb verteidigte er seinen Gesinnungsfreund Oldenburg warm, der nur etwas zu temperamentvoll sei. Nur das deutsche Schwert könne den Frieden erringen. — Heute soll die Etatsrede zu Ende geführt werden.

Nachfolgend geben wir den wichtigsten Teil der Rede des Genossen Landsberg wieder.

Abg. **Landsberg** (Sozialdemokrat):

Herr von Heydebrand meinte, die meisten Leute in Deutschland wären sich des furchtbaren Drucks nicht klar geworden, den die Verbindung Rußlands mit den Westmächten bedeutet. **Wir waren uns darüber vollständig klar und gerade darum haben wir uns nicht genug wundern können, daß von den Freunden des Herrn von Heydebrand, lange bevor der Bär erlegt war, das Fell des Bären verteilt wurde, und daß die Ankündigung des Friedensangebotes der Regierung von seinen Freunden mit dem Zuruf „Skandal" quittiert wurde.** Unsere Freude über den jetzt bevorstehenden Frieden mit dem Osten wird leider vermindert durch die Art und Weise, wie er zustandekommt.

Das Ultimatum regelt die Frage vom Standpunkt des Siegers, vom Geist der Verständigung ist nichts darin.

(Sehr wahr bei den Sozialdemokraten.) **So redet ein General, aber so kann nicht der Staatsmann reden, der sich zu der Friedensresolution des Reichstags bekennt und der die sehr schwierige Aufgabe des Friedensschlusses im Westen hat.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Aufgabe der Reichstagsmehrheit wird es sein, dafür zu sorgen, daß der Inhalt des Friedensvertrages der Reichstagsresolution entspricht. (Sehr richtig!) **Die Reichstagsresolution ist von der militärischen Lage unabhängig.** Sie ist der wohlbegründeten Erkenntnis entsprungen, daß nur ein Frieden der Verständigung der Welt die dauernde Ruhe bringen kann.

Noch gilt die Erklärung des Reichskanzlers über die Selbstbestimmungen Kurlands, Polens usw.

Jetzt geht in Rußland alles drunter und drüber, aber das Land wird zweifellos verjüngt aus dem ungeheuren Chaos hervorgehen. **Ein solches Land verfeindet man sich nicht durch Ausnutzung einer augenblicklichen Notlage.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) **Die beste militärische Sicherung ist eine friedliche Politik nach außen und eine freiheitliche Politik nach innen.** (Lebhafte Zustimmung links.) Das gilt auch für den Westen. Die flandrische Küste würde uns heute nicht aus dem Nordseewinkel herausbringen, solange Calais französisch und die Südküste Englands englisch ist. Die Auslegung, die Herr von Heydebrand den Worten des Reichskanzlers über Belgien gab, ist für uns undiskutabel. **Die Worte des Reichskanzlers waren völlig klar, aber nachdem Herr von Heydebrand aus weiß schwarz zu machen versucht hat, würde ich es für sehr erwünscht halten, wenn der Reichskanzler sich noch deutlicher ausspricht,** so daß auch Herr von Heydebrand ihn verstehen kann. (Heiterkeit und Sehr gut!)

Wir brauchen in dieser Kardinalfrage völlige Freiheit. Deutschland hat nicht die Aufgabe eines internationalen Polizisten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Vlamen müssen sich selbst helfen. **Ich wünschte, daß die Regierung in Le Havre das Angebot des Reichskanzlers zu Besprechungen annimmt, ehe sich das große Tor für die Opfer der Frühjahrsoffensive öffnet.** (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Recht hat Herr von Heydebrand damit, daß England die Bedingungen, die Herr von Heydebrand ihm stellt, nur annehmen wird, wenn es niedergerungen wird. Genau so wie Deutschland die Bedingungen der Entente nicht eher annehmen will. Er hat mit seinen Ausführungen unvorsichtigerweise an seine Prophezeiungen an die U-Boot-Frage erinnert. Er kennt wohl nicht das Bibelwort, daß bei der Zerstörung nur noch Kinder und Narren prophezeien. (Heiterkeit.)

Das Gerede vom Landesverrat gelegentlich der Streikbewegung ist völlig haltlos. **Würden Sie es für Landesverrat halten, wenn ein Kapitalist Goldmengen anhäufte, statt sie der Reichsbank zu geben oder sich weigerte, Kriegsanleihe zu zeichnen, oder wenn ein Landwirt notwendige Lebensmittel zurückhält, oder wenn ein ausgezeichneter Offizier wegen eines Zerwürfnisses mit der Zivilregierung wie Achill grollend im Zelte bleiben will — ein Fall, der ja glücklicherweise in Deutschland niemals vorkommen wird.** (Heiterkeit.) All das ist kein Landesverrat, weil nur moralische Pflichten, keine Gesetze verletzt sind. **Nicht anders steht es mit der Streikbewegung.** Staat und Gesellschaft zwingen den einzelnen nicht zur Arbeit. **Das Reichsgericht hat sich auf den Standpunkt gestellt, daß Arbeitsverweigerung nur dann Landesverrat sein kann, wenn die Lage Deutschlands dadurch tatsächlich gefährdet wird.** Leider haben sich die Gerichte vielfach nicht daran gehalten. Herr Wallraf will mit Arbeitern nicht über hochpolitische Fragen sprechen. Ich nehme an, daß er damit meinte: nicht mit Arbeitern, sondern mit Abgeordneten und nicht etwa mit Arbeitern im Gegensatz zu anderen Kreisen des Volkes. Er bestätigt mir das.

Der Reichskanzler scheint aber anderer Ansicht zu sein, denn er hat am 31. Dezember mit Herrn von Tirpitz, der auch nicht Abgeordneter ist, sich über hochpolitische Fragen unterhalten.

(Hört! Hört!) Außerdem hat die Streikleitung gar nicht daran gedacht, über hochpolitische Fragen mit Herrn Wallraf zu sprechen. Und selbst wenn das der Fall war, hätte sie Herr Wallraf ruhig anhören können. Er hätte sich sagen sollen, hinter diesen Delegierten stehen viele tausende, die draußen im Felde gewesen sind, stehen Massen, die unter dem Krieg furchtbar zu leiden haben, deren Erregung im hohen Maße begreiflich ist, Massen, die Deutschland auch in Zukunft braucht. (Sehr wahr!) Jetzt sind die Ausständigen in die Arbeit zurückgegangen mit der Empfindung: Du mußt! Es wäre politisch weiser gewesen, in ihnen die Empfindung auszulösen: Ich muß! Von einem Einfluß der Bolschewisten kann keine Rede sein. Der Bolschewismus ist rein russisches Gewächs, auf dem Boden des Zarismus erwachsen, der früher in Deutschland in der Regierung und bei den Konservativen so beliebt war. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) **Wer glauben kann, daß hunderttausende von Arbeitern ohne Aussicht auf einen Pfennig Entschädigung lediglich infolge ausländischer Einflüsse ihre Arbeitsplätze verlassen werden, ist in der Psychologie nicht besonders vorgeschritten.** (Sehr wahr!)

Deutschland ist während des Krieges vielmehr von Ausständen verschont geblieben als andere Länder. Das beweist das Pflichtgefühl der deutschen Arbeiter.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Das erste Echo des Streiks im Ausland war, daß die englische Regierung die englischen Arbeiter vor der „deutschen Falle" warnte. Erst nach den Maßnahmen des Herrn von Kessel glaubte man dort an den Ausbruch der Revolution in Deutschland. Diese Wirkung auf das Ausland hätte die deutsche Regierung verhindern können, wenn sie den Streikenden beruhigende Erklärungen abgab. **Dafür, daß auch Wirtschaftsfriedliche sich an dem Streik beteiligt haben, können wir Beweise beibringen.** Die sozialdemokratische Parteileitung übernimmt die volle Verantwortung für ihren Eintritt in die Streikleitung. Wir kannten die Mißstimmung der Arbeiter, und wollten sie nicht vergrößern, indem wir uns ihnen versagten. Wir wollten beruhigende Erklärungen der Reichsregierung herbeiführen und einen geordneten Ausgang der Bewegung sichern.

Wer immer während des Krieges seine Interessen hinter denen des Vaterlandes zurückgestellt hat, der werfe auf die ausständigen Arbeiter den ersten Stein.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Streik ist nicht um Geld geführt worden im Gegensatz zu anderen Streiks, die wir erlebt haben, wenn z. B. Landwirte notwendige Lebensmittel zurückhielten. (Sehr wahr! b[illegible] den Sozialdemokraten. Diejenigen, die uns am lautesten anklagen, daß wir dem Streik nicht entgegengetreten sind, haben jene anderen Streiks begünstigt. Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die Pflicht der Landwirte, das Volk zu versorgen, ist genau so zu bewerten, wie die Pflicht der Arbeiter, Munition zu erzeugen.

Die gestrigen Ausführungen des Abg. Erzberger haben eine Kamorra gezeigt, die mit Geld und dem Gift der Verleumdung arbeitet. Diese Männer gehören nicht zu den irregeleiteten Idealisten.

(Lebhaftes Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In der Weise äußert sich nur, daß das gefährlichste Tier, das es gibt, eine Krämerseele ist, der um ihren Profit bangt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) **Das sind dieselben Leute, die mit versteckten Majestätsbeleidigungen vorgehen, und am liebsten Maschinengewehre gegen Streikende aufgefahren sehen.**

Wenn jemals etwas berechtigt war, so war es die Bewegung der Arbeiter auf Beseitigung des Belagerungszustandes. In dieser Hinsicht sind die Zusagen, die der Reichskanzler beim Antritt seines Amtes gemacht hat, nicht eingelöst worden. Vertrauen zum Volke ist nötig: aber es ist unnötig während des Belagerungszustandes. — Leider muß ich mich auch mit Herrn von Oldenburg beschäftigen. Denn er spricht das offen aus, was seine Parteigenossen denken. Wenn das Erreichen von Aufreizung ein Maßstab für einen guten Redner ist, so ist er der größte Redner.

Denn nach seinen Reden ruft alles: Krieg gegen diese Ueberhebung und Anmaßung! Krieg gegen eine Kaste, die jubelt bei dem Gedanken, daß Bürgerblut fließt.

Die Männer in den Schützengräben harren aus, weil sie der Meinung sind, für ein freies Deutschland zu kämpfen. Was sollen sie denken, wenn sie einen führenden Konservativen nach einem Staatsmann rufen hören, der dem Volke die Rechte vorenthalten soll, und es auf's Schießen auf's Volk ankommen lassen soll? Professor Röthe sagte neulich: „Wozu noch kämpfen für einen Verzichtfrieden?"

Glauben Sie nicht, daß ähnliche Gedanken aber in entgegengesetzter Richtung bei den Männern draußen, die der Sozialdemokratie, der Volkspartei, dem Zentrum angehören, durch solche Reden wie des Herrn von Oldenburg ausgelöst werden?

Und als Herr von Payer dagegen auftrat, haben die Konservativen ihn nicht abgeschüttelt.

Das Verhalten der Konservativen rief die Erinnerung an ihre Abstimmung zum Besitzsteuer-Gesetz am 5. Juni 1916 in mir wach, wo sie sich in der Ablehnung mit der äußersten Linken zusammenfanden.

Treffend illustriert das die fortwährenden Reden der Herren von dem willigen Aufsichnehmen und Ertragen aller Lasten des Krieges. (Lebhaftes Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Und nun zum preußischen Wahlrecht. Die Kompetenz des Reichstags zur Regelung des Wahlrechts der Einzelstaaten ist ganz unzweifelhaft. (Widerspruch des Abg. Kreth.) Also Herr Kreth ist die einzige staatsrechtliche Autorität, die das bezweifelt. **Aber nach der Meinung der Konservativen hat das preußische Abgeordnetenhaus das Recht, sich um die Wahlrechte der anderen Bundesstaaten zu kümmern.**

Sagte doch Herr von Oldenburg 1906 im Abgeordnetenhaus, wenn die süddeutschen Staaten eine Wahlrechtsänderung vornehmen, müßten sie Preußen um Erlaubnis bitten, denn sie könnten eine demokratische Wahlrechtsänderung nur vornehmen im Vertrauen auf die preußischen Bajonette.

(Heiterkeit links.) Ich erinnere aber an den früheren Führer der Konservativen, Geheimrat Wagner, der im Jahre 1866 das allgemeine Wahlrecht für ein notwendiges Korrelat der allgemeinen Wehrpflicht erklärte **und von der Regierung und den Konservativen die Initiative zur Einführung des Wahlrechts forderte, damit die Entwicklung nicht über sie hinwegginge.** (Lebhaftes Hört! Hört! links.) Hätten wir am 4. August 1914 keinen deutschen Reichstag gehabt, **hätte dann wohl die Welle der Volksbegeisterung, die von diesem Hause ausgegangen ist, etwa von einem Dreiklassenhause ausgehen können?** Hätte das Dreiklassenhaus sich unterfangen, in solcher Weise dem Volkswillen Ausdruck geben zu wollen, so hätte es dem Volk nur seine Entrechtung klar gemacht. (Sehr gut! links.)

Die Begeisterung, die von diesem Hause ausgegangen ist, ist die Rettung Deutschlands gewesen.

Mit dem gleichen Wahlrecht wollen wir nicht eine Belohnung fürs Volk, sondern wir wollen den Staat wieder in das Volk zurückbringen.

Kulturtheater und Städtische Regie

Der Krieg, der auf der einen Seite ungeheure Kulturwerte vernichtet hat, ist auch anderseits ein gewaltiger Erwecker geworden. Viele Fragen, die vor dem Kriege nur in geringem Maße die Oeffentlichkeit interessierten, sind erst während des Krieges in ihrer ganzen Bedeutung erkannt worden. Dazu gehört auch die Theaterfrage. Vor dem Kriege befand sich das Theater im Niedergang. Zum Teil war es durch das Kino verdrängt worden, und den Spielplan vieler Bühnen beherrschte ödester Operettenquatsch. Immer mehr entfernten wir uns von dem Idealzustand, den einst im alten Griechenland das Theater für die Kultur des Volkes bedeutet hatte. Erst im Kriege erkannte man, welche Bedeutung das Theater als Kultur- und Bildungsfaktor hatte. Für die Danziger Oeffentlichkeit war es allerdings sehr beschämend, daß der Vortragsabend der vom Lokalausschuß der Verbände der Bühnenangestellten am Dienstag abend im Danziger Hof veranstaltet wurde, einen so geringen Besuch aufwies. An Stadtverordnete und Magistrat waren besondere Einladungen ergangen; der Oeffentlichkeit war der Vortragsabend durch Plakate und Inserate bekannt gemacht worden. **Dennoch war der Saal des Danziger Hofes nur spärlich besetzt. Vom Magistrat war niemand erschienen. Von den Stadtverordneten kein halbes Dutzend.** Als der Präsident der Bühnengenossenschaft diese bedauerliche Gleichgültigkeit der Behörden kritisierte, meinte der Stadtverordnete v. Brzezinski, daß hier kein böser Wille vorliege. Dennoch zeigt diese Tatsache aber so recht den Bildungsgrad unserer sogenannten „höheren" Gesellschaftskreise, die das Theater gern als Vergnügungsstätte benutzen, denen aber eine Erörterung über soziale Theaterfragen nicht nur gleichgültig sondern teilweise höchst unliebsam ist. Zeigen doch gerade die Verhältnisse am Theater häufig am krassesten die sozialen Schäden der heutigen Gesellschaftsordnung. Den Bühnenangestellten aber sollte diese Versammlung die Erkenntnis bringen, daß nur durch die gewerkschaftliche Organisation und in Verbindung mit den anderen gewerkschaftlichen Verbänden ihr Stand sich die soziale Stellung in der Oeffentlichkeit erkämpfen kann, die ihm gebührt.

Der erste Redner des Abends, der Generalsyndikus Rechtsanwalt Dr. Seelig-Mannheim schilderte zuerst die Bedeutung, die das Theater im Krieg gewonnen hat. Anfänglich sträubten sich viele Direktoren und auch ein Teil der öffentlichen Meinung dagegen, daß die Theater im Kriege spielen sollten. Bald aber erkannte man, daß das Theater gerade seine Berechtigung in der Kriegszeit habe, da es nicht nur eine Stätte der Zerstreuung und Unterhaltung ist, sondern auch der sittlichen Läuterung, Erhebung und der Begeisterung diene. Hierfür kommt gerade das deutsche Theater in Frage. Erreichte das Drama doch in Goethe, Schiller und Kleist seine höchste Vollendung. Das Theater an sich bedarf allerdings noch einer weiten Entwicklung, wenn es unsern Ideen entsprechen soll. Schon Lessing klagte darüber, daß die Deutschen kein Nationaltheater hätten, weil sie keine Nation wären. Ein wirkliches Nationaltheater hätten bisher nur die alten Griechen gehabt. Unser Streben muß darauf gerichtet sein, dem deutschen Theater die Stellung im Volksleben zu geben, die ihm als Erziehungs- und Bildungsinstitut zukommt. Die Theaterfrage hat aber nicht nur eine kulturelle, sondern auch eine soziale Seite. Einmal müssen die Eintrittspreise so gehalten sein, daß sie auch den minderbemittelten Massen den Besuch ermöglichen. Noch fühlbarer sei die soziale Frage des Theaters aber für seine Angestellten. Diese leiden zu einem großen Teil noch unter unwürdigen Verhältnissen. Die meisten Schauspieler sind 3—4 Monate im Jahre erwerbslos, da viele Theater nur im Winter spielen. Waren die Gagen schon vor dem Kriege durchaus nicht zureichend, so entsprechen sie jetzt in keiner Weise der heutigen Teuerung. Trotzdem die Direktoren im Kriege glänzende Geschäfte gemacht haben. Diese beiden Schattenseiten des Theaters treffen auch für Danzig zu. **Stadt und Direktor haben im letzten Jahr über 150 000 Mark am hiesigen Stadttheater verdient. Demgegenüber beträgt die höchste Schauspielergage hier 400 Mark monatlich.** Das ist bei siebenmonatlicher Spielzeit ein Jahresverdienst von 2800 Mark. Diese Schäden lassen sich nur vermeiden, wenn das Theater der privaten Wirtschaft entzogen wird und die Stadt es in eigene Regie nimmt. Danzig habe vor zwei Jahren einen guten Anfang gemacht, indem sie das Theater in eigene Verwaltung nahm. Man dürfe aber nicht auf halbem Wege stehen bleiben. **Das nächste Erfordernis sei die Ausdehnung der Spielzeit auf das ganze Jahr.** Möge diese Frage bei den maßgebenden Stellen volle Beachtung finden.

Der zweite Redner, Präsident Rickelt beleuchtete dann in einigen scharfen Bildern die Zustände am heutigen Theater. Der Staat bringt dem Theater noch viel zu wenig Interesse entgegen. Im preußischen Etat ist kein Pfennig Ausgabe für Theaterzwecke enthalten, außer einer Summe von 200 000 Mark, die für das Theater bestimmt ist. Ungarn hat viel mehr Verständnis für die Frage bewiesen; dort ist durch Gesetz eine zwölfmonatliche Spielzeit vorgesehen. Auch muß jeder angehende Bühnenkünstler dort einen Befähigungsnachweis erbringen. In Deutschland aber wird vom Staat nichts für die Aus- und Fortbildung der Schauspieler getan. **Die heutige Versammlung beweise auch die Gleichgültigkeit der hiesigen Behörden, von 70 eingeladenen Bürgermeistern, Magistratsmitgliedern und Stadtverordneten seien nur von letzteren einige Herren erschienen.** Mit den Mißständen könne nur ernstlich aufgeräumt werden, wenn das Theater nicht mehr Geschäftsunternehmen sei, sondern in städtische Regie käme.

In der Diskussion sprachen Rechtsanwalt Dr. Sachsenhaus, Schauspieler Leo Hubermann und Stadtv. v. Brzezinski. Die ersten beiden kritisierten insbesondere die Verhältnisse am hiesigen Stadttheater. Wir haben schon mehrmals in unserer Zeitung auf diese bedauerlichen Verhältnisse hingewiesen und in erster Linie die Stadt dafür verantwortlich gemacht. Wie sehr unsere Kritik berechtigt war, bewiesen die Ausführungen der beiden Redner. **Eine Schauspielerin, die erste Rollen zu spielen habe, erhalte eine Monatsgage von 100 (Einhundert) Mark.** In einem andern Falle hat eine Schauspielerin Danzig verlassen, **weil ihr eine Erhöhung der Gage um 25 Mark nicht zugebilligt wurde.** Ein Darsteller für ein erstes Fach wurde mit 250 Mark Monatsgage engagiert. Die Teuerungszulagen hätten entsprechend dem hohen Ueberschuß (zu dem für die Stadt auch noch die bedeutende Einnahme an Lustbarkeitssteuer kommen) erhöht werden müssen. Ein Appell Hubermanns an die Stadtverwaltung, für eine durchgehende Spielzeit Sorge tragen zu wollen, fand lebhafte Zustimmung seitens der Versammlung. Daß der Direktor bei der heutigen Versammlung nicht anwesend sei, zeige von keinem großen Interesse für die Angestellten.

Stadtv. v. Brzezinski versprach, daß er und seine Kollegen in Zukunft mehr Interesse der Theaterfrage entgegen bringen würden. Mit einem kurzen Schlußwort, in dem er den beiden Rednern den Dank aussprach, schloß Herr Max Fall die Versammlung

Die von beiden Rednern behandelten Fragen sind ausführlich in der Broschüre „Geschäftstheater oder Kulturtheater" behandelt, die in der hiesigen Buchhandlung Bönig, Kohlenmarkt, zu haben ist.

es ist sehr bedauerlich, daß es in Deutschland in fast Jahrzehnten noch nicht gelungen ist, eine im Grunde fortschrittliche Bevölkerung innerlich zu gewinnen, so daß die Entente sich noch immer einbilden kann, sie könne bei dem wahnsinnigen Versuch Elsaß-Lothringen zu gewinnen, sich auf die Gesinnung der Bevölkerung stützen. Gerade die Konservativen, die höhnisch von der Gewährung einer Belohnung bei der Forderung des Wahlrechts sprechen, stützen doch den Anspruch auf ihre Vorrechte lediglich auf militärische Verdienste. (Sehr gut! links.)

Immerhin und unwürdig war das Verhalten der Nationalliberalen im preußischen Verfassungsausschuß bei dem Antrag auf ein Pluralwahlrecht.

Herr Stresemann versichert hier, die Mehrheit der Nationalliberalen im Reichstag steht auf dem Boden des gleichen Wahlrechts. Das bedeutet aber nichts, wenn er nicht auf seine Parteigenossen im Abgeordnetenhause einwirken kann. Wenn die Herren dort Gegner des gleichen Wahlrechts sind, nun gut, so mögen sie es offen sagen. Wenn dann die Entwicklung über einen hinweggeht, so stirbt man in Schönheit, falls die sonstigen Voraussetzungen dazu gegeben sind (Heiterkeit.)

Aber hinterher sagen, man habe sich darauf verlassen, daß auch vom Zentrum einige Mitglieder sich zu ihnen gesellen würden, und andeuten, sonst hätte man sich doch wohl nicht ganz allein in die Gemeinschaft der Konservativen begeben, ist doch so unwürdig wie denkbar.

Die Herren haben durch dieses Verhalten den Beweis erbracht, daß, wenn für politische Reife eine Zusatzstimme gewährt werden soll, sie ihnen ganz sicher nicht gegeben werden kann. (Heiterkeit und Sehr gut!) Und die Begründung des Antrages auf ein Pluralwahlrecht war der reine Hohn. Ein Vermögen von 6000 Mark soll eine Zusatzstimme rechtfertigen, und gesagt wurde, soviel könne jetzt jeder sparen das gilt namentlich für die Kriegsteilnehmer, die schon seit 3½ Jahren 53 Pfennig täglich erhalten. Das gilt auch für die vielen kleinen Leute des Mittelstandes, die im Kriege zu grunde gegangen sind.

Herr von Payer hat durch seine Rede das Mißtrauen der Konservativen erregt. Dadurch ist unser Zutrauen zu ihm erhöht worden. Sie sprechen dem „Württemberger" das Recht ab, über das preußische Wahlrecht zu sprechen. Nun: hinter diesem „Württemberger" steht in diesem Fall die erdrückende Mehrheit des preußischen Volkes. (Lebhafter Beifall links.) Die Vereinsamung der Konservativen ist ein gutes Vorzeichen für die Lösung der Wahlrechtsfrage. Allein schon die Notwendigkeit der Lösung dieser Frage rechtfertigt den Zusammenschluß der Mehrheitsparteien. Möge für das preußische Volk bald der Tag der Befreiung vom Dreiklassenwahlrecht gekommen sein. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Danziger Nachrichten

Vergnügungssucht in den Großstädten.

Ein Teil der Presse hat es verstanden, so oft und so viel von den „hohen Löhnen" der Arbeiter zu reden, und sich über das Leben und Treiben in den Großstädten aufzuhalten, daß man auf dem Lande einen ganz falschen Eindruck von dem Leben des Arbeiters bekommen hat, was zur Verbitterung zwischen Stadt und Land wesentlich beigetragen hat. Die Landleute sehen das Leben in den Großstädten mit ganz andern Augen, resp. das wirkliche Leben in den Großstädten kommt ihnen nicht zu Gesicht. Geht ein Landmann in die Großstadt, dann tut er es, um dort einzukaufen oder sich zu amüsieren. In beiden Fällen sieht er nur die hellerleuchteten Straßen und Geschäfte und das Leben und Treiben im Mittelpunkt der Stadt. Die Leute, die ihm begegnen sind gut gekleidet und der Besucher der Großstadt kommt deshalb zu der Meinung, daß diese Leute „faulenzen". Wenn er nach Hause kommt, erzählt er von diesem Leben und Treiben in der Stadt und wie er sich amüsiert habe, und seine Umgebung macht sich dann auch eine besondere Vorstellung von dem Leben in der Großstadt. Die Leute, die vom Lande in die Stadt kommen, kommen ja nicht in die dumpfen Hinterhäuser der Arbeiterviertel, in denen mehrere Familien auf einer Etage zusammenwohnen. Sie sehen nicht die ungeheizte Stube, in der eine ganze Familie sich aufhalten muß, sie sehen nicht die Werkstätte der Heimarbeiterin, die sie mit ihren Kindern zugleich als Küche, Wohnraum und Schlafraum benutzen muß, sie kommen nicht in die Fabriken, in denen die Arbeiter halbnackt und schweißtriefend, Tag und Nacht ihrem Erwerb nachgehen, sie hören nichts von dem Gedröhne der Hämmer und Nieten, von dem Gerassel der Maschinen, verspüren nichts von der dumpfen, stickigen, mit Rauch und giftigen Gasen gefüllten Luft der Fabriken und Werkstätten, wissen nicht, daß viele der Menschen, die auf den Straßen sich befinden, hastend und jagend ihrem Erwerb nachgehen. Selbst in den Warenhäusern sehen sie nur den Flimmer und beobachten nicht, daß die blasse Verkäuferin von dem Bedienen der Kundschaft von früh bis spät nervös und fast dem Zusammenbruch nahe ist. Man muß das Leben in der Großstadt mit andern Augen ansehen und man muß sogar etwas Verständnis dafür haben, daß die Leute, die von früh bis spät in der dumpfen Fabrik und Werkstätte tätig sind, so abends nicht in ihr kaltes, kahles und ungeheiztes Zimmer gehen, in dem gekocht, gewaschen, geflickt und geschlafen wird, sondern daß manche dann hinaus gehen auf die Straße, um „Luft zu schnappen," um abgelenkt zu werden, und auch hineingehen in die Vergnügungslokale „um sich zu erholen." Der Landmann mag noch so angestrengt tätig sein, er lebt in frischer, freier Gottesnatur, sieht, wie sich sein Werk gestaltet und das Vieh heranwächst, wie die Saat gedeiht. Zu seiner Arbeit singen die Vögel ein Lied und auf seiner Arbeit begleitet ihn vielfach seine Frau und um ihn herum springen seine gesunden, frisch aufblühenden Kinder. Das muß einmal dem Landmann vor Augen geführt werden, damit er sich andere Gedanken über die „Vergnügungssucht" in der Großstadt macht.

Frühlingsfeier der Arbeiter-Jugend

Noch hält der grimme Winter die Natur mit seinen strengen Banden gefangen. Aber schon regt sich überall ein neues Leben. Mählich steigt die Sonne höher und höher und bald hat der junge Lenz den Winter siegreich niedergerungen. Um den Lebenserwecker Frühling würdig zu empfangen, rüstet auch unsere hiesige Arbeiter-Jugend zur diesjährigen Frühlingsfeier. Die Aufführungen der Arbeiter-Jugend zeichneten sich stets durch geschmackvolle Zusammenstellung des Programms und gediegene Durchführung aus. Auch das diesmalige Programm verspricht einen angenehmen Abend. Es enthält neben Reigen, Gesang, Rezitationen und Vorführungen eines jugendlichen Zauberkünstlers eine Aufführung des Singspiels „Die seltsame Testamentsklausel". Das Stück gehört zu den besten seiner Art. Der Arbeiter-Jugend ist zu dieser Veranstaltung ein volles Haus zu wünschen. Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind à 50 Pf. für Erwachsene und 30 Pf. für Jugendliche in unserer Geschäftsstelle zu haben.

Der Sozialdemokratische Verein Danzig-Stadt hält am Sonntag, 10. März 1918, im Lokale der Frau Steppuhn eine Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Reek an Stelle des verhinderten Genossen Krüger über das wichtige Thema „Volk und Regierung" sprechen wird.

Zahlreicher Besuch ist bei der Wichtigkeit des Verhandlungsgegenstandes Pflicht der Mitglieder.

Gäste dürfen durch Mitglieder eingeführt werden.

Nach der Versammlung findet bei musikalischer Unterhaltung ein geselliges Zusammensein bei freiem Entree statt.

Bezirksversammlung

Der 2. Bezirk des Sozialdemokratischen Vereins Danzig-Stadt hielt am 3. März eine mäßig besuchte Versammlung ab. Genosse Krahn referierte über die politische Situation. Er führte etwa folgendes aus: Der jetzige im vierten Jahr tobende Weltkrieg ist nicht von einzelnen Personen angezettelt, sondern die Ursachen dieser Katastrophe liegen in der Entwickelung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründet. Dem nun mit der Ukraine und Rußland abgeschlossenen Friedensvertrag wird auch Rumänien bald folgen. So sehr die Sozialdemokratie es auch begrüßt, daß an einer Front das Blutvergießen aufhört, so kann sie diese Verträge nicht gutheißen. Denn durch die Zerstückelung Rußlands wird auch im Osten ein Brandherd geschaffen, wie er vor dem Kriege bereits am Balkan bestand. Auch im fernen Osten taucht bereits die gelbe Gefahr auf. Es müßte ein Frieden der Versöhnung und Verständigung geschlossen werden. Was für den Osten gilt, gilt natürlich auch für den Westen. Dort stehen sich bereits wieder Millionen-Heere gegenüber, die nur auf das Zeichen warten, sich gegenseitig zu zerfleischen. Die Sozialdemokratie war leider nicht stark genug, den Krieg zu verhindern, doch der Krieg hat in Millionen Köpfen die Idee des Sozialismus hineingebracht. — Bei der inneren Politik steht in erster Linie die Wahlrechtsfrage im Vordergrunde. Pflichten hat das arbeitende Volk wohl, doch seine Rechte werden ihm von einer kleinen, aber mächtigen Gruppe vorenthalten. Die Arbeitsniederlegung im Januar ist hauptsächlich aus diesem Grunde mit geschehen und hat nichts mit Vaterlandsverrat zu tun. Diesen Vorwurf weisen die Arbeiter entschieden zurück. Sie betrachten vielmehr das Verhalten des Herzogs von Mecklenburg-Strelitz als Vaterlandsverrat. Durch die Zustimmung zu der am 19. Juli im Reichstag angenommenen Resolution hat die Partei nichts von ihren Grundsätzen aufgegeben. Krahn ermahnte die Anwesenden, für Aufklärung der Massen über die Ideen des Sozialismus zu sorgen. Unter Bezirksangelegenheiten teilte Genosse Krahn mit, daß der 2. Bezirk über 40 Neuaufnahmen in der letzten Zeit gemacht habe. Auch wurde von mehreren Genossen auf die in diesem Jahr stattfindenden Stadtverordnetenwahlen hingewiesen. Krahn wies zum Schluß darauf hin, für die Ausbreitung der „Volkswacht" Sorge zu tragen. Da jetzt die Veröffentlichungen des Magistrats in der „Volkswacht" erscheinen, gibt es keinen Grund mehr, bürgerliche Zeitungen der „Volkswacht" vorzuziehen.

Versammlung in Neufahrwasser.

Eine von der Sozialdemokratie einberufene öffentliche Versammlung wird Sonntag den 17. März, nachmittags, in Neufahrwasser, Sefferts Hotel, mit Genossen Wilhelm Krüger als Referenten stattfinden. Es wird ein zeitgemäßes, politisches Thema behandelt werden. Unsere Genossen werden schon jetzt auf diese notwendige Versammlung mit dem Ersuchen aufmerksam gemacht, für guten Besuch Sorge zu tragen.

Der Bauarbeiterverband hielt am Sonntag bei Schönherr eine gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Nach einem mit Beifall aufgenommenen Vortrage des Kollegen Gehl über „Was geht vor", beschäftigte sich die Versammlung mit der vom Gewerkschaftskartell angeregten Statistik und der Teilnahme an der **„Freien Baugenossenschaft Danzig"**. Beide Angelegenheiten wurden im zustimmenden Sinne erledigt. Dann nahm die Versammlung Stellung zu den an den Verbandstag gestellten Anträgen. Dem Delegierten, Kollegen Haß, wurde entschiedenes Eintreten für von Danzig gestellte Anträge zur Pflicht gemacht.

Arbeitslose Kollegen melden sich: Danzig-Stadt und Schidlitz jeden Tag einmal im Bureau von 9 bis 12 und 3 bis 5 Uhr; Ohra, Langfuhr, Neufahrwasser Weichselmünde und Brösen jeden zweiten Tag zur selben Zeit; Heubude, Praust, St. Albrecht, Oliva, Zoppot jede Woche zweimal.

Nachdem noch auf die Notwendigkeit der politischen Betätigung der Mitglieder und die „Volkswacht" hingewiesen wurde, hatte die anregend verlaufene Versammlung ihr Ende erreicht.

Der 43. westpreußische Landtag wurde am Dienstag, mittags 12 Uhr im Danziger Landeshause vom Oberpräsidenten mit einer Eröffnungrede eröffnet. Im Anschluß daran nahm der Alterspräsident Gerlick-Bankau die Konstituierung des Landtages vor. Dabei äußerte sich der alte Herr auch über den letzten Streik. Er bezeichnete diejenigen, die einen Teil der deutschen Arbeiter aufgehetzt hätten, in den Streik zu treten, als — **Abschaum der Menschheit. Die streikenden Arbeiter erklärte dieser Herr als Landesverräter.** Diese Bankauer Ansichten regen natürlich niemanden auf. Daß sie in der westpreußischen Landstube ohne Widerspruch ausgesprochen werden konnten, gehört ebenso zur Selbstverständlichkeit, wie die Wahl von Oldenburg-Januschau zum Präsidenten des Hohen Hauses.

Nach Erledigung einiger der Oeffentlichkeit wenig Interesse bietender Vorlagen wurde nach einem Vortrage des Grafen Baudissin-Neustadt die Beteiligung der Provinz Westpreußen an Ostmärkischer Kolonisation mit einem Kapital von 1 Million Mark beschlossen. Zum Bau einer Weichselbrücke bei Thorn wurden 200 000 Mark bewilligt. Angenommen wurde ferner ein vom Oberbürgermeister Scholtz begründeter Antrag des Weichselschiffahrts-Vereins, ihm jährlich einen Betrag von 2000 Mark zu bewilligen. Nach der „Danziger Ztg." führte der Redner aus, daß auch dieser Antrag dazu dienen solle, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Provinz Westpreußen zu heben. Dankbar erkenne er es an, wenn die Staatsregierung für den Osten eintrete, ganz besonders dankbar sei er dem Oberpräsidenten, der dem Weichsel-Schiffahrtsverein bei seiner Begründung 30 000 Mark zur Verfügung gestellt habe. Persönlich, sei er der Ansicht, daß die Frage der Binnenwasserstraßen des Ostens von allergrößter Bedeutung für unsere ganze wirtschaftliche Entwicklung sei. Schon bei der Gründung des Vereins wurde gesagt, daß unsere Provinz eigentlich Weichselprovinz heißen müßte im Gegensatz zur Rheinprovinz, denn tatsächlich beherrsche die Weichsel die ganze Provinz. Und doch, wie gering sei die Entwicklung der Schiffahrt auf der Weichsel gewesen im Gegensatz zum Rhein. In den letzten Jahren habe sich der Verkehr auf dem Rhein um 900 Prozent, auf der Elbe um 800 Prozent, auf der Oder um 1300 Prozent, auf der Weser um 850 Prozent, auf der Memel um 65 Prozent, auf der Weichsel aber nur um 6 Prozent gehoben. Das zeige doch, wie außerordentlich wenig man für den Osten und seine Ströme getan habe. Man dürfe nicht vergessen, daß die Weichsel das größte Niederschlagsgebiet habe, nämlich 195 000 Quadratkilometer. Aber trotzdem sei der Verkehr nur ein so geringer. Das hänge in erster Linie zusammen mit den Zollschranken, die gegen Rußland bestanden, und daß die Weichsel in Rußland nicht genügend reguliert war. Wer einmal die Weichsel in Polen befahren habe, der habe es kennen gelernt: so weit das Auge reicht, Wasser und Sand. Man könne aber jetzt die Hoffnung haben, daß die neue polnische Regierung erkennen werde, welche Notwendigkeit für sie der Ausbau der Weichsel sei und daß sie in Verbindung mit Deutschland und enger Arbeit mit der Danziger Weichselstrombauverwaltung bald ans Werk gehen werde. Immerhin bleibe für den preußischen Staat dann noch eine große Aufgabe, und zwar die Nachregulierung unserer Weichsel, deren Schiffbarmachung auf mindestens 1000 Tonnen erforderlich sei. Dies sei nicht nur von wirtschaftlicher, sondern auch von hoher militärischer Bedeutung. In der Begründung zum Kanalgesetz von 1905 sei dies schon anerkannt und die Weichsel als ebenso wichtig bezeichnet worden wie der Rhein.

Der Redner sprach dann von den Arbeiten, die im Abgeordnetenhause für den Ausbau der Wasserstraßen geleistet werden. Man könne darin einen Fortschritt erblicken. Wenn jetzt der Mittellandkanal gebaut werden soll, dann werde es unabweisbare Pflicht, auch dafür zu sorgen, daß die Binnenwasserstraßen des Ostens ausgebaut werden, vor allem die Weichsel. Die Kosten seien nicht so groß. Der Rhein-Main-Donau-Kanal solle 500 bis 600 Millionen Mark kosten, mit einem Teile dieses Betrages würden die Wasserstraßen des Ostens ausgebaut.

Auch für unsere Landwirtschaft sei der Ausbau der Wasserstraßen von größter Bedeutung, denn sie brauche neue Absatzgebiete, die sie nur durch die Kanäle schaffen könne. Die wirtschaftliche Besserstellung werde aber auch die Landflucht in Westpreußen bekämpfen, habe Westpreußen doch in den letzten 25 Jahren 1,25 Millionen Menschen durch Abwanderung verloren. Auch mit Rücksicht auf Oesterreich-Ungarn müsse man die Sache ansehen, denn auch dort würden Pläne gemacht, die die Donau mit der Oder und Elbe verbinden wollen. Danzig werde dann für Wien der nächste Seehafen.

Die Ausdehnung des Moorschutzgesetzes für die Provinz Hannover auf die Provinz Westpreußen wurde abgelehnt. Nach Erledigung einiger nebensächlicher Angelegenheiten war die Tagesordnung erschöpft.

Liberale Versammlung.

Die politische Lage und der Reichstag, lautete das Thema, über das Abg. Weinhausen am Sonntag im Danziger Hof referierte. Die Versammlung war gut besucht. Wenn die Erschienenen aber eine schwungvolle, markige Rede vom Vertreter Danzigs im Reichstage erwartet hatten, so wurden sie bitter enttäuscht. Herr Weinhausen sprach etwa 1½ Stunden ohne etwas anderes zu sagen, als zu wiederholen, was jeder Besucher schon aus den Zeitungen wußte. Interessant war allerdings von ihm zu hören, daß der „Verständigungsfrieden im Osten, erzwungen durch die schroffen Formen, an seinem Charakter nichts eingebüßt habe." Widerspruch erregte auch die Bemerkung, daß „der Löwenanteil der vielen Vorräte der Ukraine, an Wien kommen wird." Daß Herr Weinhausen unzufrieden ist über das Verhalten der Polen, überraschte keineswegs. „Die Polen," so führte er aus, „versuchten mit der Entente zu unterhandeln. Es kann geschehen was will, die Polen werden immer unzufrieden bleiben." Im Westen stehen uns große Kämpfe bevor. „Doch," so meinte Herr Weinhausen, „wir sind gerüstet, unsere Waffen sind geschmiedet und unsere Munition ist in genügender Menge vorhanden." (Also, trotz des Streiks, ist doch alles da. R. V.)

Die Beteiligung der Sozialdemokratie an der Leitung des Streiks nannte der Redner eine „Ehrrung". Er freute sich, daß der Danziger Streik nur 2 Tage gedauert habe ohne seine eigene Meinung darüber klar erkennen zu lassen.

Der Agitation für die 8. Kriegsanleihe leistete der Abgeordnete in sofern einen Bärendienst, als er erklärte, daß nach ihrer Unterbringung neue Steuern auf Wein, Bier und Selterwasser gefordert würden.

Der zweite Redner, Dr. Herrmann, war sichtlich ärgerlich darüber, daß sein Vorredner für seine Rede so viel Zeit in Anspruch nahm. Er befürchtete offenbar, daß sich während seiner Rede der Saal langsam leeren würde. Diese Befürchtung mag ihn auch Veranlassung gegeben haben, etwas lebhafter als sonst zu reden. Er behandelte die Wahlrechtsfrage recht glücklich und schwungvoll vom Standpunkt eines freiheitlich gesinnten Bürgers und verlangte absolute Gleichheit des Wahlrechts. Dr. Herrmann meinte, „wenn die Regierung mit der Faust auf den Tisch schlägt, wird die Sache gemacht." Die Danziger Nationalliberalen wird beim Anhören dieser energischen Töne sicherlich der Schreck in alle Glieder gefahren sein.

Die Aussprache war kurz, aber recht lebhaft. Ein Führer der Danziger „Vaterlandspartei", Dr. Weber, der liberale Versammlungen schon des öfteren mit seinen Vaterlandsparteireden heimgesucht, hielt sich auch diesmal berechtigt, die Zuhörer zu provozieren. Er zappelte auf dem Podium

unger wie ein „Parterre-Akrobat", holte einen Aktenstoß aus der rechten und dann noch einen viel größeren aus der linken Brusttasche hervor und jonglierte mit allen möglichen Namen fortschrittlicher und sozialdemokratischer Politiker umher. Dieses Kunststück führte Dr. Weber in so provokatorischer Weise auf, daß er damit den stärksten Widerwillen bei fast allen Teilnehmern erregte. Nur einige Anwesende zollten ihm beim Abtreten Beifall, aber auch nur deshalb, weil der Redner sich dadurch einen halbwegs guten Abgang sicherte, daß er zum Schluß die Einigkeit des deutschen Volkes pries und die Taten Hindenburgs und unserer Feldgrauen entsprechend glorifizierte. Genosse Gehl nahm sich diesen Redehelden" recht gründlich vor und ließ ihm unter dem Beifall der Versammlung eine wohlverdiente Abfuhr zu teil werden, wie er sie wahrscheinlich noch nicht erlebt haben dürfte. Dadurch kam Leben in die Versammlung, die nach einem kurzen Schlußwort des Referenten ihr Ende erreicht hatte.

Konservative Agitation

Seit einigen Tagen prangt an den Danziger Anschlagssäulen ein Plakat der „Danziger Allgemeinen Zeitung" mit der Ankündigung der Veröffentlichung des vom Archidiakonus Brausewetter verfaßten Romans „Die große Liebe". Darunter wird in kleinerer Schrift der Abonnementspreis angegeben.

Als wir dieses Werbeplakat betrachteten, fiel uns unwillkürlich die vom Direktor Brunzen in der Heydebrand-Versammlung angestimmte Jeremiade über den schlechten Stand der „Danziger Allgemeinen Zeitung" ein. Jetzt soll ihr durch Abdruck des Brausewetterschen Romans etwas aufgeholfen werden. Das Blatt vertritt den extremen politischen Standpunkt der Konservativen. Mit dieser Politik scheint es aber böse geschäftliche Erfahrungen gemacht zu haben. Deshalb nimmt es nun in seiner Not seine Zuflucht zu den sonst von der Generalanzeigerpresse beliebten Mitteln der Romanankündigung.

Mit dem Kampf gegen den Verständigungsfrieden ist das Blättchen also gründlich hereingefallen.

Mit der Versammlungsagitation scheint es den Machern konservativer Politik nicht besser zu gehen. Die Leute sind in letzter Zeit sehr rührig. Sie halten eine Versammlung nach der anderen ab. Sie gewähren auch „freie" Aussprache, aber in ihren Versammlungsanzeigen werden nur **„rechtsstehende Mitbürger"** eingeladen und — **Sozialdemokraten wird der Zutritt verboten.** Wir trauten unseren Augen kaum, als wir den letzten in Fettdruck hervorgehobenen Satz lasen. Aber wir täuschten uns nicht, er steht tatsächlich in großen Lettern in der Anzeige für eine Versammlung in Neufahrwasser, als deren Einberufer Professor Dr. Hillger zeichnete.

Viel Mut zur Werbekraft konservativer Ideen und der von dieser Partei in der inneren Politik angewandten Taktik gegen das gleiche Wahlrecht verrät das Vorgehen des Vorstandes des Vereins der Danziger Konservativen freilich nicht. Auch das ist ein gutes Zeichen dafür, daß die Freiheitsbestrebungen sich durchsetzen werden gegen die Hemmungsversuche konservativer Reaktionäre.

Eine Reise in die Baltischen Provinzen

In einer gut besuchten Versammlung am 3. März hielt Genosse Reek im Steppuhnschen Lokale einen Vortrag mit Lichtbilder über das Thema: **„Ueber Libau und Riga zum linken Flügel unserer Ostfront".** In etwa 1¼ stündigen Ausführungen schilderte der Vortragende zunächst kurz den Zweck der Frontreisen, die vom Kriegspressamt Berlin veranstaltet worden sind. Er behandelte dann die Geschichte der Ostseeprovinzen, Kurland, Livland und Estland. Genau wie unsere westpreußischen Weichselstädte vom Deutschen Ritterorden angelegt sind, so sind auch die dortigen vom deutschen Ritterorden gegründeten Liv- und Estländischen Städte Riga, Dorpat, Reval und andere, im 13. Jahrhundert angelegt worden. Das Land wurde kolonisiert und die Eingeborenen, heidnische Kuren, Liven und Esten, dem Christentum zugeführt. Unter fortgesetzten Kämpfen und Besitzwechsel zwischen Ordensstaat, Polen, Dänen, Schweden und Russen, wurden im Frieden zu Nystädt am 30. August 1721 die beiden Provinzen Livland und Estland den Russen zuerkannt.

Das Herzogtum Kurland konnte noch fast 80 Jahre seine Selbständigkeit länger erhalten. Doch 1795 unterzeichnete der letzte Herzog Peter die Abdankungsurkunde und somit kam auch Kurland zu Rußland. Alle drei Landschaften führten noch bis zum Jahre 1860 die Gesamtbenennung „Deutsche Ostseeprovinzen Rußlands". Seitdem hat sich jedoch immer mehr der Name „Baltische Provinzen" eingebürgert. Durch den Friedensschluß und der Besetzung mit deutschen Truppen haben diese Provinzen allgemeines Interesse hervorgerufen.

Unter der Regierung Peter des Großen, im 18. Jahrhundert, war den Ritterschaften die Erhaltung der evangelischen Religion, der deutschen Sprache, Verwaltung und Rechtspflege durch Einheimische und nach deutschem Recht für alle Zeiten garantiert.

Unter den späteren Zaren änderte sich dieses Verhältnis immer mehr. Die Russifizierung der Schulen setzte im schärfsten Maße ein. Die wirtschaftliche Macht des großen Grundbesitzes der Deutschen — es gibt dort Güter von der Größe deutscher Bundesstaaten —, führte dazu, daß der Gegensatz zwischen adligen Deutschen und dem Bürgertum der Letten und Esten immer schärfere Formen annahm und schließlich 1905 zur lettisch-estnischen Revolution führte. Trotz der 200jährigen Zugehörigkeit zum russischen Reich ist der äußere Eindruck und die Sprache in den Städten durchaus deutsch geblieben. Dieses gilt namentlich — wie auch aus den gezeigten Bildern hervorging — für die Stadt Riga, welche ein durchaus deutsches Gepräge aufweist. Sodann wurden vom Vortragenden die Einrichtungen an der Front und in der Etappe, die Seefestung Dünamünde, die dem Schutze Rigas von See aus dient, der Eindruck von Libau, die hervorragenden militärischen Einrichtungen Libaus zur Verpflegung der Armeen, statistisches Material über die Bevölkerung, Aus- und Einfuhrziffern der Rigaer und Libauer Häfen und die gegen die Teuerung getroffenen sozialen Einrichtungen besprochen.

Etwa 60 Lichtbilder wurden vorgeführt, welche bei den Erschienenen das lebhafteste Interesse hervorriefen.

Volkshaus für Danzig.

Die Bewegung zur Errichtung eines Volkshauses für Danzig hat, wie nicht anders zu erwarten war, bei dem Verein der Gastwirte Danzigs u. Umgegend ein starkes Mißfallen erregt. Dieser Verein, nicht der Verein Danziger Saalbesitzer, veröffentlichte deshalb in der Sonntagnummer der „Danziger Zeitung" ein kostspieliges Inserat, das die ganze Bewegung zur Errichtung von Volkshäusern gleich mit Stumpf und Stiel ausrottet. Sollen wir uns mit diesen rückständigen, blöden Auslassungen, die getragen sind von der Befürchtung, „eine weitere unangenehme und ungesunde Konkurrenz" zu erhalten, noch weiter befassen? Wir glauben, daß es genügt, diesen Satz aus der langen Anzeige hervorzuheben und jeder Danziger Bürger wird sogleich die wahren Gegengründe des Vereins der Gastwirte Danzigs u. Umgegend richtig erkennen. Damit könnten wir die Angaben des Inserats ruhig verlassen. Wenn wir dessen ungeachtet noch einiges dazu sagen, so geschieht dies lediglich zu dem Zweck, auch den genannten Verein darauf hinzuweisen, daß er Unrecht tut, wenn er gegen die Errichtung eines Volkshauses Stellung nimmt. In dem Inserat wird mit viel Worten auf verkrachte Häuser in Berlin, das Kriegervereinshaus und das Marinehaus, hingewiesen. Wir kennen beide sehr gut und haben uns auch sehr gewundert, daß solche Häuser in Berlin errichtet wurden, wo gute Säle, große und kleine, in genügender Menge vorhanden sind. Das Bedürfnis zur Erbauung solcher, von einzelnen Vereinen zu besonderen Zwecken gewünschten Häuser, war in Berlin eben nicht vorhanden. Und das Kriegervereinshaus hätte sich sicher trotzdem halten können, wenn man seine Räume von Hause aus allen Vereinen und politischen Parteien zur gelegentlicher Benutzung für Veranstaltungen zur Verfügung gestellt hätte. Das hat man nicht getan und damit den Teil der Berliner Arbeiter, der sozialdemokratisch fühlt und denkt, geradezu zum Kampf gegen den Besuch des Kriegervereinshauses aufgerufen. Die Folgen dieser verkehrten Handlungsweise sind denn auch nicht ausgeblieben.

In Danzig liegt aber das Bedürfnis zur Erbauung eines den vorhandenen Ansprüchen genügenden Volkshauses unbedingt vor. Wenn besagter Verein dies nicht anerkennen will, so muß er den Gegenbeweis antreten. Das hat er bis jetzt nicht getan und das kann er auch nicht tun, wenn er gegen die Wahrheit nicht Gewalt anwenden will. Außerdem kommt noch in Frage, daß viele Säle in Danzig heute den Ansprüchen, die man an ein gutes modernes Versammlungslokal stellt, keineswegs genügen. Für die Abhaltung von Versammlungen wird heute schon eine so hohe Entschädigung verlangt, die kleinere Vereine auf die Dauer garnicht zahlen können. Ja selbst für Vergnügungen lassen sich einige Wirte einen ziemlich hohen Preis bezahlen. Dieses Vorgehen ist doch so ungerecht wie irgend möglich. Die Vereine, die dem Wirt Gäste in sein Lokal schaffen, werden von ihm einfach mit einer Geldstrafe belegt. So etwas kann natürlich nur in Danzig passieren. Und nun kommt noch hinzu, daß die so wie so schon hohen Preise für Versammlungen und Vergnügungen nach den Plänen des Vorstandes des Danziger Saalbesitzervereins noch eine erhebliche Steigerung erfahren sollen. Das ist eine durch nichts begründete Maßnahme, die lebhaften Unwillen erzeugt hat. Dann möchten wir genannte Vereine an das Verkehrte ihres Verhaltens gegen die freiorganisierte Arbeiterschaft und dem Sozialdemokratischen Verein erinnern, das darin besteht, daß diesen viele Danziger Säle zu ihren Veranstaltungen selbst gegen Zahlung einer angemessenen Entschädigung verweigert werden. Das wird nicht bestritten werden können. Oder sollen wir an den Beschluß der Gastwirtsvereine erinnern, sich dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie anzuschließen? Solange dieser Beschluß besteht, und einem großen Teile Danzigs organisierte Arbeiter dadurch große Schwierigkeiten in ihrem Vereinsleben bereitet werden, und verschiedene Gastwirte absichtlich Gäste aus ihren Lokalen fernhalten, kann es solchen Gastwirten durchaus nicht schlecht gehen. Dann müssen sie sich aber auch eine „unangenehme Konkurrenz" gefallen lassen. Also, schafft in euren Reihen Ordnung, ihr Herren vom Gastwirteverein, und dann schreit über unangenehme Konkurrenz. Ueber das Schicksal eines für Danzig geplanten Volkshauses braucht sich der Gastwirteverein auch keine Sorgen machen. Er hat in seinen Reihen sehr hervorragende Fachmänner, die sicher sehr gerne bereit sein werden, den gewählten Ausschuß mit ihrem sachverständigen Rat zu unterstützen.

*

Aus den Kreisen der Privatbeamten wird uns noch geschrieben:

Volkshäuser. Die Ausführungen, welche der Verein der Gastwirte Danzigs und Umgegend in dem in der Danziger Tagespresse veröffentlichten Aufsatz: „Volkshäuser" gemacht hat, sind kulturfeindlich. Der Verfasser des Aufsatzes hat von sozialer Kultur keine Ahnung. Er hat im vierten Jahre des Weltkrieges in dieser Hinsicht nichts gelernt oder will die Bewegung zur Errichtung von Volkshäusern absichtlich nicht verstehen. Das berechtigte Streben der großen Masse des Volkes nach Vertiefung des Lebens ist dem Verein anscheinend noch vollständig fremd. Eben die neue Zeit, der völkische Wunsch nach Neuordnung de söffentlichen Lebens in Deutschland auf allen Gebieten kennt der Vertreter des Vereins nicht. Die Zeit des Krieges, der Not und Entbehrung hat die Massen des Volkes geweckt, hat gezeigt, was tätiger, gemeinsamer Wille vermag. Diesem Willen soll im Volkshause sichtbarer Ausdruck verliehen werden. Der Geist der Gemeinsamkeit soll dann im Volkshause gehegt und gepflegt werden. Eine neue Stätte leichter Vergnügungen und Unterhaltungen für Spießbürger soll das Volkshaus allerdings nicht werden. Davon ist in Danzig übergenug vorhanden. Man zählt in der Stadt über 150 Vereine usw. Hoffentlich fegt der Krieg die Hälfte davon hinweg. Es wäre ein Vorteil für die Gesundung des öffentlichen Lebens. Die Erbauung des Volkshauses und die Errichtung von Wohnstätten für die großen Volksschichten in der Stadt sollten gleichzeitig gefördert und ausgeführt werden. Wo ein Wille ein, da ist auch ein Weg.

In Danzig liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete der Volkskultur sehr im argen. Das neue städtische Hallenschwimmbad steht seit Jahren erst als ein Zerrbild da. Dagegen ist die Sporthalle, die nur wenigen Personen zugute kommt, auf Kosten der Stadt und der gesamten Steuerzahler erbaut worden. In Danzig kann man die trübe Erfahrung machen, daß eine Angelegenheit des Allgemeinwohls entweder garnicht gefördert oder dermaßen heruntergerissen wird, bis von der Sache nicht viel oder garnichts übrig bleibt. In diesem Sinne soll anscheinend auch der Aufsatz des Gastwirtsvereins wirken. Der Osten Deutschlands, insbesondere Danzig, soll zukünftig große Kulturaufgaben lösen. Da wäre es wirklich an der Zeit, wenn auch der Verein der Gastwirte von Danzig und Umgegend seine Sondervorteile zurücktreten ließe oder sich nicht kulturfeindlich zeigte. Der Verein schadet sonst der Stadt und weiteren Kreisen. Alle diejenigen Volksfreunde, welche von der Absicht zur Errichtung eines Volkshauses in Danzig erfüllt sind, sollten in ihrem freudigen Streben nicht nachlassen. Trotz der zahlreichen Widerstände, die natürlich noch von vielen Seiten in der Stadt hervortreten werden, soll und muß das Volkshaus in Danzig auf breiter Grundlage aller Schichten der Bevölkerung werden.

Aerzte und Kriegsbeschädigte.

Jetzt und nach der Kriegszeit gibt es leidende Menschen; wird es nicht nur Krüppel, sondern auch eine Unzahl Innenkranker geben. Den Aerzten steht ein großes Feld der Betätigung offen; leider.

Diese Betätigung sollte nicht des Lohnes wegen geschehen, sie sollte nicht ausgeübt werden in Erwartung von Reichtum; der soziale Gedanke, der kranken Menschheit Hilfe zu leisten, sollte das A und O der Betätigung ausmachen. Dem ist aber nicht immer so. Und die Kranken leiden darunter. Es fehlen eben noch Einrichtungen, die Reich und Kommune zu treffen haben.

An einem Beispiele mag die heutige Lage der Kranken beleuchtet werden, um denen, die es angeht, und den Behörden Anlaß zu geben, sich mit dieser Frage zu befassen. Am Sonntag den 3. März 1918 war der Zustand eines Kriegsbeschädigten derartig schlimm, daß die Frau den ihn schon lange Zeit behandelnden Arzt bitten wollte, in die Wohnung zu kommen. Er war aber nicht im Hause. Nun zum Vertreter. Der wollte erst nachmittag kommen, ihm wäre auch nicht wohl, doch solle die Frau dann nochmals vorsprechen. Die Frau lief noch in die Wohnungen von 3 oder 4 Aerzten, ohne einen anzutreffen. Schließlich fand sie einen Arzt zu Hause, der sich durch sein Dienstmädchen das Krankenkassenbuch geben und bemerken ließ, daß die Krankenkasse nichts damit zu tun habe. Die Frau willigte ein, sie wollte bezahlen. Doch konnte auch dieser Arzt nicht gleich kommen, weil auch ihm nicht wohl war. Es war etwa 1 Uhr mittags. Gegen 5 Uhr erschien der Arzt, verordnete Medikamente und meinte, der ständig behandelnde Arzt würde die Sache ja weiter machen. **Der Arzt wünschte, gleich glatt zu machen mit der Rechnung.** Als die Frau eine Rchnung erbat, um durch diese das Geld von der Krankenkasse zurückerhalten zu können, sagte der Arzt, er wolle sie zusenden.

Der Kassenarzt hat überhaupt nicht Geld von den Patienten zu verlangen; er weiß doch, daß er das Geld von der Kasse erhält. Auch mußte nun die Frau die Medikamente selbst bezahlen. Aber nicht diese unerlaubte Handlung allein fordert zur Kritik auf. Besonders ist es der Umstand, daß es der Frau erst nach langem Bemühen möglich war, eine Hilfe für ihren Mann zu bekommen. Dieser Fall zwingt unerbittlich zu einer Stellungnahme der Behörden.

Warum gibt es in Danzig noch nicht Unfallstationen, in denen Aerzte ständig zur Verfügung stehen, um auch bei plötzlichen Erkrankungen zu den Patienten eilen zu können? Es wäre auch zu erwägen, ob nicht, wie die Apotheken es schon mit Erfolg tun, bezirksweise bestimmte Aerzte abwechselungsweise zur Verfügung stehen müssen. Ein Plakat in der Bezirksapotheke müßte die Namen der am Sonntag zur Verfügung stehenden Aerzte bekanntgeben. Dann wäre die verzweifelte Sucherei nach den Aerzten vermieden. Auch den anderen Aerzten wäre gedient. Namentlich aber wäre den Kranken gedient.

Die Inanspruchnahme der Aerzte wird leider eine größere werden; es muß also vorgesorgt werden. Will die Aerzteschaft nicht, daß ihr Ansehen sich verringert, so mag sie freiwillig Schritte unternehmen, die den Verhältnissen der leidenden Menschheit entspricht. Auch möge sie ungesunde Teile ihres Körpers ausbrennen, damit nicht Begehrlichkeit sich ausbreitet zum Schaden ihres Standes.

Der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen

hielt am Mittwoch, 6. März, in der Oberrealschule am Hansaplatz eine öffentliche Versammlung ab. Das Kriegsernährungsamt der Stadt Danzig, die Königliche Kommandantur, das Generalkommando und die Provinzialsektionsstelle waren eingeladen und hatten bis auf letztere auch Vertreter entsandt. Redakteur Buchholz sprach über: „Die öffentlichen Preisfestsetzungen". Redner ging von dem Grundsatz aus, daß öffentliche Bewirtschaftung in Verbindung von Höchstpreisen unter Berücksichtigung der Friedenspreise unbedingt gefordert werden muß. Zuschläge für den Handel, nach Prozenten berechnet, sei eine glatte Unmöglichkeit. Wenn wir hohe Preise für Schweine und Federvieh, für Kartoffeln aber niedrige Preise haben, so ist das ein ungesunder Zustand. Scharf kritisiert Redner die Festsetzung der Milchpreise. Falläpfel, die man in Friedenszeiten mit 4 bis 5 Mark pro Zentner bezahlt hat, kosten jetzt 28 Mark. Unerhört ist der Wucher mit Brennholz. Die Staatsforstverwaltung gibt das Holz zu billigen Preisen ab, aber die Kommunen überbieten sich.

In der Diskussion, in welcher von allen Rednern der Anbauzwang unter Ausschaltung des Handels gefordert wurde, trat die Ansicht der Verbraucher augenfällig in die Erscheinung. Nur die restlose Erfassung aller Lebensmittel durch Beschlagnahme am Erzeugungsorte könne eine bessere Versorgung möglich machen. Wenn heute der Schleichhandel die tollsten Blüten treibt, so ist dies etwa nicht darauf zurückzuführen, daß bestehende Verordnungen achtlos übertreten werden. Die Arbeiter, Beamten und der kleine Mittelstand greifen nur aus Not zum Schleichhandel. Diejenigen, die die Not des Volkes für ihre materiellen Vorteile ausnützen, müssen schärfer bestraft werden. Hier aber haben die Gerichte oftmals Fehlurteile gesprochen.

Rechtsanwalt Rosenbaum, Leiter der Preisprüfungsstelle, erklärte, daß man nicht schwarz in schwarz malen dürfe.

Nach Annahme eines Antrages, welcher den Kriegsausschuß beauftragt, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, in welcher die Lebensmittelversorgung und Preisbildung behandelt werden soll, wurde die Versammlung geschlossen.

Abgabe von Lebensmitteln

Mg. Der Magistrat macht in der heutigen Nummer unserer Zeitung wiederum die Lebensmittel bekannt, die im Laufe der nächsten Woche auf die Lebensmittel-, Kartoffel- und Nahrungshauptkarte erhältlich sind. Außerdem wird in nächster Woche durch besondere Bekanntmachung ¼ Pfund Zucker zum Kauf aufgerufen werden. Näheres ergibt die Bekanntmachung.

Aus Westpreußen

Gemeindewähler von Ohra!

Die Wahlen zur Gemeindevertretung stehen vor der Türe, der Wahltermin ist zwar noch nicht bekannt gegeben, doch muß seine Bekanntgabe in nächster Zeit erfolgen. Der Sozialdemokratische Verein hält es für richtig, schon jetzt aufklärend und werbend zu wirken. Im Zeichen des Burgfriedens ging die letzte Wahl glatt von statten. Der Bürgerverein beteiligte sich nicht an der Wahl und so wurden die beiden erledigten sozialdemokratischen Gemeindevertretersitze wieder von Parteigenossen besetzt. In diesem Jahre scheiden zwei Vertreter de. Bürgervereins aus. Weil jedoch sämtliche sozialdemokratische Gemeindevertreter Heeresdienste leisten, ist der Bürgerverein bereit, ein Mandat der Sozialdemokratie zu überlassen. Der Sozialdemokratische Verein und der Bürgerverein stellen in der 3. Abteilung ein gemeinsame Liste auf und zwar

Zimmerer Gustav Wolz und
Zimmerer Paul Mischker.

Jetzt gilt es, für die Wahl dieser Kandidaten lebhaft einzutreten. Darum Genossen, frisch ans Werk! Rüttelt die Lauen und Gleichgültigen auf! Interessiert sie für unsere Ideale, für die Aufwärtsbewegung der Arbeiterschaft, für den Sozialismus. Zeigt den Arbeitskollegen wie notwendig ein sozialdemokratischer Gemeindevertreter ist. Nur ein Arbeitervertreter kann über die Lage der Arbeiterschaft sachverständig urteilen.

Viel, sehr viel Arbeit ist in Ohra noch zu leisten. Insbesondere ist es Aufgabe der neu zu wählenden Gemeindevertreter für ein gerechte Steuerpolitik einzutreten. Ferner bedarf der Gedanke einer Vereinigung von Danzig und Ohra tatkräftiger Förderung. Auch die Verkehrsverhältnisse (Straßenbahn!) liegen im argen.

Der Krieg weist den Gemeinden Aufgaben zu, deren Uebernahme sie in Friedenszeiten ablehnten. Gewaltig sind die Anforderungen, die nach dem Kriege an die Gemeindevertretung, herantreten werden. Der Weltkrieg, der größte Revolutionär aller Zeiten, hat mit den veralteten Anschauungen aufgeräumt, neue Wege öffnen sich. Ein neuer Geist beseelt die Menschheit und dieser Geist wird sich nicht zuletzt auch in der gemeindlichen Betätigung offenbaren.

Genossen! Nützt die kurze Spanne Zeit bis zur Wahl gut aus. Die Wahl muß zu einem Siege der gemeinsamen Liste führen.

Die Wahl für die 3. Abteilung findet am Donnerstag, den 14. März, vormittags 11 Uhr, in der „Ostbahn“ statt. Es findet also Terminswahl statt, d. h. der Wahlakt beginnt um 11 Uhr, und endet, wenn keine Wähler mehr im Lokale anwesend sind. Unsere Genossen und Freunde müssen also um 11 Uhr pünktlich zur Stelle sein, wenn sie ihr Wahlrecht ausüben wollen.

Elbing. Die Verurteilungen wegen der Vorkommnisse am 12. Dezember v. Js. nehmen noch immer kein Ende. In seiner elften Sitzung am Donnerstag den 28. Februar verhandelte das Elbinger Kriegszustandsgericht gegen 15 angeklagte Personen, und zwar 2 Männer, 11 Frauen und je 1 männliche und 1 weibliche jugendliche Person. Die „Elbing. Ztg.“ berichtet darüber:

Unter den Beschuldigten befand sich auch eine 37jährige Kaufmannsfrau, die aus dem Kirchdorfe Kinten im Kreise Heydekrug stammt. Aus der Untersuchungshaft wurden vorgeführt 2 unverheiratete Arbeiterinnen und ein 45jähriger Arbeiter. Eine angeklagte 38jährige Arbeiterfrau befindet sich im hiesigen Justizgefängnis wegen einer andern Angelegenheit in Strafhaft. Sehr schwer belastet war der erwähnte 45jährige Arbeiter, ein Vertrauensmann des Fabrikarbeiterverbandes. Er war angeklagt wegen Landesverrats und schweren Aufruhrs (§ 89 und § 115 Absatz 2 des R.-St.-G.-B.). Seine Beteiligung an den Vorgängen ist eine recht umfangreiche. Das Gericht verurteilte ihn unter Zubilligung mildernder Umstände als Rädelsführer (§ 115 Absatz 2) zu 5 Jahren Gefängnis. Von der Anklage des Landesverrats wurde er freigesprochen. Drei Frauen erhielten je 6 Monate Gefängnis. In 11 Fällen erklärte sich das Kriegszustandsgericht, da nur versuchter Diebstahl, Hehlerei oder Unterschlagung vorliegt, für unzuständig und überwies sie an das ordentliche Gericht zur Aburteilung. Die Strafsachen der beiden jugendlichen Personen gehören ebenfalls dazu. Die erkannten Strafen wurden sofort vollstreckt. Weitere Verurteilungen werden folgen. — In der Sitzung am 14. Februar war auch eine 62jährige Scherenschleiferfrau angeklagt. Dieselbe stellte sich als unbestraft hin. Wie sich nachträglich herausgestellt hat, ist sie 28 mal vorbestraft und hat die meiste Zeit ihres Lebens im Arbeitshause zugebracht. Eine 80jährige Arbeiterfrau fiel am Donnerstag während der Verhandlung gegen sie in Schreikrämpfe, so daß dieser Fall ausgesetzt werden mußte. Die Angelegenheit wurde schließlich dem ordentlichen Gericht überwiesen.

Aus der Partei

Die „Königsberger Volkszeitung“

wurde am 6. März auf drei Tage verboten. Das Verbot wurde aber am nächsten Tage wieder aufgehoben. Seit Donnerstag erscheint unser Bruderblatt wieder.

Die Massenmacht der „Unabhängigen“

hat sich am Sonntag in ihrer Hochburg Berlin bei zwei Stadtverordnetenwahlen wieder glanzvoll bestätigt. **Insgesamt erhielt die Sozialdemokratie dabei 1498 Stimmen, während für die Haaseschen „Unabhängigen“, trotz ihrer gegen die „Regierungs“sozialisten wildhetzenden Agitation nur 1243 Stimmen abgegeben wurden.** Im 4. Kommunalwahlbezirk wurde Genosse Dittmer mit 534 Stimmen gegen den „Unabhängigen“ Harndt glatt gewählt, auf den nur 269 Stimmen entfielen. Im 34. Bezirk, der im 6. Berliner Reichstagswahlkreise liegt und den „Unabhängigen“ totsicher ist, wurde ihr Kandidat — naturgemäß ein Doktor — gerade mit einer einzigen Stimme Mehrheit noch mit Ach und Krach gewählt. Genosse Samolewitz erhielt 964 Stimmen, der „unabhängige“ Dr. Weinberg 974 Stimmen, weitere 6 Stimmen waren zersplittert. So „siegte“ noch einmal der „Revolutionär“! Die „Unabhängigen“ sprengen jetzt im Wahlkreise Nieder-Barnim durch besondere Sturmtrupps die sozialdemokratischen Versammlungen, um sich den Anschein der Macht zu geben. Diese terroristische Radautaktik wird die Haasepartei nicht vor dem geheimen Volksurteil am 14. März retten.

Gute Volks- und Jugendbücher
zum Preise von 10—50 Pf. empfiehlt
Buchhandlung Volkswacht.

Meine
Modellhut-Ausstellung
ist eröffnet.

Martha Rosenbaum
Spezial-Putzgeschäft
Altstädtischer Graben Nr. 90/91
Umarbeitungen erbitte rechtzeitig.

Ich bringe meine billigen Preise u. grosse Auswahl in
Damen- und Kinderhüten
in freundliche Erinnerung.

Arbeiterfrauen
beziehß Euch bei Einkäufen auf die
„Volkswacht“

Sozialdem. Verein Danzig-Stadt.
Sonntag den 10. März, nachmittags 3½ Uhr,
im Lokale der Frau **Steppuhn**
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: I. Volk und Regierung. Referent Gen. **Walter Reek.** II. Aussprache. III. Vereinsangelegenheiten.
Der Vorstand. E. Seilin.
59

Abgabe von Lebensmitteln.

Es werden verabfolgt:

1. Von Montag, den 11. bis Sonnabend, den 16. März:

Auf die Marke **13** der Kartoffelkarten **4 Pfund** und auf die Marke **14** der Kartoffelkarten **3 Pfund, zusammen also 7 Pfund Kartoffeln.**

2. Von Dienstag, den 12. bis Sonnabend, den 16. März:

a) Auf die Marke **K 56** der Danziger Lebensmittelkarte für Kinder und auf die Marke **K 37** der Kinderlebensmittelkarte der Nachbargemeinden **je 125 Gramm Grieß oder Haferflocken,** je nach [illegible] in den Geschäften, in denen die Anmeldung zur Kundenliste erfolgt ist.

b) Auf die Marke **59** und **K 57** der Danziger Lebensmittelkarten und auf die Marken **29** und **K 38** der Lebensmittelkarten der Nachbargemeinden **je 1 Pfund Marmelade** zum Preise von **92 Pfg.,** [illegible] in den Kolonialwarengeschäften, in denen die Kundenanmeldung erfolgt ist.

Die aufgerufene Menge ist **für 2 Wochen** bestimmt.

c) Gemäß unserer Bekanntmachung vom 20. Februar **1918** wird auf **2 Marken K 52** der Lebensmittelkarte für Kinder **1 Kilo-Dose Reiskonserven** zum Preise von **1,60 Mk.** und auf die Marke **K 51** der Lebensmittelkarte für Kinder ½ **Pfund Sago oder Kartoffelgraupe** zum Preise von **60 Pfg.** für das halbe Pfund in den Geschäften, in denen die Kundenanmeldung stattgefunden hat, verabfolgt werden.

d) Auf die Marke **51** der Nahrungshauptkarte für jede Person **je 250 Gramm Dörrgemüse** zum Preise von 1,50 Mk. für das Pfund erhältlich in den Kolonialwarengeschäften, in denen die Anmeldung [illegible]

Die von den Händlern vereinnahmten Marken sind den zuständigen [illegible] unverzüglich einzureichen.

Danzig, den 7. März 1918. 60

Der Magistrat.

Elbing

Lebensmittelverteilungsplan der Stadt Elbing

für die Woche vom 11. bis 17. März 1918

Montag: 7 Pfd. **Kartoffeln** (Kartoffelmarke für die Woche vom 12. bis 16. März 1918).
Mittwoch: ¼ Pfd. **Morgentrank** (Kinderzulagemarke).
Donnerstag: ½ Pfd. **Marmelade** (Lebensmittelmarke).
Freitag: ¼ Pfd. **Haferflocken** (Lebensmittelmarke).
Sonnabend: ¼ Pfd. ausländisches **Räucherspeck** (Zulagemarke für Schwer- und Schwerstarbeiter).

Der freie Verkauf von **Nährhefe, Dörrgemüse,** sowie deutschem und ausländischem **Fleisch-Extrakt** findet weiter statt [illegible]

Elbing, den 9. März 1918.

Der Magistrat — Ernährungsamt.

Arbeiter-Jugend :: Danzig
Sonntag den 17. März, abends 6 Uhr
im Bürgergarten (Ww. Steppuhn) Schidlitz
Frühlings-Feier
Musik :: Gesang :: Reigen :: Rezitationen
Magische Vorführungen
Ferner gelangt zur Aufführung:
Die seltsame Testamentsklausel
Singspiel in 1 Aufzug.
Eintritt Erwachsene Vorverkauf **60 Pf.**, Abendkasse **75 Pf.**, Jugendliche **30 Pf.** Programme, die zum Eintritt berechtigen, sind zu haben in der Buchhandlung **Volkswacht,** Paradiesgasse Nr. 32.
Der Jugendausschuß.

Kaffeehaus „Bürgergarten“ Karthäuserstraße.
Sonntag, den 10. März
Musikalische Unterhaltung
Zu regem Besuch ladet ein
M. Steppuhn.
58

Echt gekachelten garant. rein. **Schnupftabak** offeriert
Julius Gosda, Rohtabakgroßhandlung und Schnupftabakkachelei,
Danzig, Ecke Häkergasse 5 u. 2. Priestergasse 5. Fernspr. 2428

Für den Abschuß des für das Militärtaubenwesen schädlichen Raubzeuges

werden folgende Belohnungen gewährt:

Für einen	Wanderfalken	5 Mark
„ „	Sperber	5 „
„ „	Habicht	3 „

Die Beurteilung der Zuständigkeit der Belohnung und die Zahlung erfolgt durch die Nachrichten-Ersatz-Abteilung Nr. 17 in Hammerstein, der die Fänge unter Stehenlassen eines kleinen Federkranzes einzusenden sind.

Vorwiegend nützliche Arten von Raubvögeln, wie **Turmfalken, Bussarde, Weihen,** die nach dem Reichs-Schutzgesetz vom 30. 5. 1908 nicht getötet werden dürfen, sind zu schonen.

Danzig, den 25. Februar 1918. 53

Stellvertretendes Generalkommando XVII. Armeekorps.

Trauer-Hüte in reicher Auswahl
Blusen Handschuhe zu billigsten Preisen
Julius Goldstein
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle

Volkswacht
Danzig, Paradiesgasse Nr. 32
Buchdruckarbeiten
für Handel und Gewerbe

B. H. J.
Sehenswert
ist unsere diesjährige
MODELLHUT-AUSSELLUNG
Wir zeigen die neuesten Modellhüte sowie geschmackvolle eigene Schöpfungen
Holzmarkt Nr. 21 Telephon 3064 **Berliner Hut-Industrie** Holzmarkt Nr. 21 Telephon 3064
Modernisieren schick und billig
55

Moderne illustrierte Zeitschriften
Der wahre Jakob
15 Pfennig
Jugend
70 Pfennig
Simplicissimus
50 Pfennig
Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse 32.

Politische Wochenschau

Friedensarbeit

Die Friedensvereinbarung mit Rumänien

W. T. B. **Berlin**, 6. März. Aus Bukarest wird vom 5. März gemeldet: Im Schloß Buftea bei Bukarest wurde heute 7 Uhr nachmittags von den bevollmächtigten Vertretern der Vierbundmächte und dem rumänischen Bevollmächtigten folgender Vertrag unterzeichnet:

Beseelt von dem gemeinsamen Wunsche, den Kriegszustand zwischen Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei einerseits und Rumänien andererseits zu beenden und den Frieden wieder herzustellen, sind die Unterzeichneten, und zwar: der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, kaiserlicher Wirklicher Geheimer Rat, Herr Richard von Kühlmann als Bevollmächtigter Deutschlands, der Minister des kaiserlichen und königlichen Hauses und des Aeußern, Seiner k. und k. apostolischen Majestät Geh. Rat Ottokar Graf Czernin von und zu Chudenitz als Bevollmächtigter Oesterreich-Ungarns, der Vizepräsident der Sobranje Herr Dr. Momtschilow als Bevollmächtigter Bulgariens, Seine Hoheit der Großwesir Talaat Pascha als Bevollmächtigter der Türkei einerseits und Herr C. Argetoianu als Bevollmächtigter Rumäniens andererseits, nach Prüfung ihrer Vollmachten dahin übereingekommen, daß, nachdem der zu Focsani am 9. Dezember 1917 unterzeichnete Waffenstillstandsvertrag am 2. März gekündigt und am 5. März 1918 um 12 Uhr mittags abgelaufen ist, vom 5. März 1918 mitternachts an eine vierzehntägige Waffenruhe mit dreitägiger Kündigungsfrist laufen soll. Zwischen den Unterzeichneten besteht vollkommene Uebereinstimmung darüber, daß innerhalb dieses Zeitraumes der endgültige Friede abzuschließen ist und zwar auf Grundlage nachstehender Vereinbarung:

1. Rumänien tritt an die verbündeten Mächte die Dobrudscha bis zur Donau ab.
2. Die Mächte des Vierbundes werden für die Erhaltung des Handelsweges für Rumänien über Constanza nach dem Schwarzen Meer Sorge tragen.
3. Die von Oesterreich-Ungarn geforderten Grenzberichtigungen an der österreichisch-rumänischen Grenze werden von rumänischer Seite grundsätzlich angenommen.
4. Ebenso werden der Lage entsprechende Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete grundsätzlich zugestanden.
5. Die rumänische Regierung verpflichtet sich, sofort mindestens acht Divisionen der rumänischen Armee zu demobilisieren. Die Leitung der Demobilmachung wird gemeinsam durch das Oberkommando der Heeresgruppe Mackensen und die rumänische Oberste Heeresleitung erfolgen. Sobald zwischen Rußland und Rumänien der Friede wiederhergestellt ist, werden auch die übrigen Teile der rumänischen Armee zu demobilisieren sein, soweit sie nicht zum Sicherheitsdienst an der russisch-rumänischen Grenze benötigt werden.
6. Die rumänischen Truppen haben sofort das von ihnen besetzte Gebiet der österreichisch-ungarischen Monarchie zu räumen.
7. Die rumänische Regierung verpflichtet sich, den Transport von Truppen der verbündeten Mächte durch die Moldau und Bessarabien nach Odessa eisenbahntechnisch mit allen Kräften zu unterstützen.
8. Rumänien verpflichtet sich, die noch in rumänischen Diensten stehenden Offiziere der mit dem Vierbunde im Kriege befindlichen Mächte sofort zu entlassen. Diesen Offizieren wird seitens der Vierbundmächte freies Geleite zugesichert.
9. Dieser Vertrag tritt sofort in Kraft. Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

Ausgefertigt in einfacher Unterschrift in Buftea am 5. März 1918.

Es folgen die Unterschriften.

Friedensbestrebungen in Frankreich

Genf, 28. Februar. Wie die hiesigen friedensfreundlichen Blätter „La Feuille" und „Demain" mitteilen, haben die Friedensbestrebungen im Südosten Frankreichs in der letzten Zeit zu ernsten Kundgebungen geführt. In Bourges fand kürzlich eine Arbeiterdemonstration statt, bei der 2000 Männer und Frauen unter Hochrufen auf den Frieden vor das Rathaus zogen. In Lyon fand vom 19. bis 21. Januar ein dreitägiger Generalstreik statt, über den die Presse nichts bringen durfte. Einige Wochen zuvor hatten die Metallarbeiter des Loire-Departements zum Protest gegen die Einziehung ihres Generalsekretärs zum Heeresdienst den Streik erklärt. Die von der Zensur nur teilweise zur Veröffentlichung zugelassene Resolution des vor kurzem stattgefundenen großen Metallarbeiterkongresses enthielt den Beschluß, auf dem Londoner Sozialistenkongreß den sofortigen Waffenstillstand unter Androhung des Generalstreiks zu beantragen. (Voss. Ztg.)

Eine englische Stimme für Friedensverständigung

Rotterdam, 2. März. (K. H. Z.) Runciman erklärte einem Vertreter des „Manchester Guardian", vieles in der Rede Balfours unterschreibe er, trete jedoch Balfours Auffassung entgegen, daß ein fruchtbarer Gedankenaustausch zwischen den kriegführenden Mächten nur dann erst möglich sei, wenn in hohem Maße Uebereinstimmung erreicht sei. Ein solch hohes Maß von Uebereinstimmung sei doch nur erreichbar mittels Gedankenaustausches und nicht mittels öffentlicher Reden. Ueberdies würde eine Konferenz, selbst wenn eine Uebereinstimmung nicht erreicht sei, keineswegs schaden, denn einmal müsse es doch dazu kommen. Kein einsichtiger Mensch bilde sich mehr ein, die Entente könne den Frieden diktieren. Der kommende Friede sei unbedingt Sache der Verständigung, und es wäre ein unheilvoller Fehler, wenn man eine Verständigung im vorhinein ablehnen wolle.

Ein neuer Brief Landownes

Das „Hamburger Fremdenblatt" meldet aus Rotterdam: In einem neuen Brief an den „Daily Telegraph" spreche Lord Lansdowne die Meinung aus, daß die letzte Rede Hertlings merkliche Fortschritte für den Gedankenaustausch bedeute. Lasse sich eine solche Vorbesprechung in kleinem Kreise, wie Hertling sie nach Lansdownes Meinung haben möchte, nicht erzielen, dann bleibe nichts anderes übrig, als die öffentlichen Reden über den Kanal und über den Ozean hin fortzusetzen. Auch das sei nicht zwecklos. Lansdowne fährt fort, daß er nicht einsehen könne, warum diese Wechselgespräche nicht erfolgreich fortgeführt werden könnten, oder warum man nicht vorschlagen sollte, daß sie in vertrauliche Beratungen übergingen. Die Rückgabe von Belgien sei natürlich auch entsprechend den Auslassungen Wilsons der „heilende Faktor". Ein deutscher Staatsmann nach dem anderen habe jede Politik der Eroberung und Einverleibung in Frage gestellt. Die Schwierigkeiten der Verständigung würden auch dadurch viel größer, wenn die Engländer Forderungen vorbrächten, die Gebiete von der einen auf die andere Macht übertrügen. Solche Schwierigkeiten ergaben sich hinsichtlich Elsaß-Lothringens und hinsichtlich der italienischen Forderungen nach einigen Gebieten von Oesterreich, sowie angesichts der britischen Ansprüche auf Teile der Türkei.

Belgien gegen Sonderverständigung

Haag, 2. März. Der belgische Minister des Aeußern erklärte zu der jüngsten Rede des Grafen Hertling, der Standpunkt der belgischen Regierung bleibe unverändert. Belgien verlange vollständige Integrität des Mutterlandes und der Kolonien, politische, militärische und wirtschaftliche Unabhängigkeit, eine Entschädigung und Garantien gegen die Erneuerung einer Ueberrennung. Die belgische Regierung werde nur gemeinsam mit den Mächten, die seine Unabhängigkeit garantierten und ihre Pflichten gegenüber Belgien erfüllten, über den Frieden verhandeln.

Von Stockholm nach Bern

W. T. B. **Berlin**, 1. März. Demnächst siedelt das gesamte Organisationsbureau der internationalen Sozialistenkonferenz, das beinahe ein Jahr lang seinen Sitz in Stockholm hatte, nach Bern über.

Man will an einem neutralen Orte tagen, der sowohl den Sozialisten der westlichen Ententemächte, wie auch der Mittelmächte leichter erreichbar und zugleich dem unmittelbaren Einfluß der bolschewistischen Propaganda weniger ausgesetzt ist.

Brot aus der Ukraine?

Wien, 6. März. (Kriegsztg.) Die „Neue Freie Presse" meldet aus Lemberg: Kiewer Blätter berichten, daß die ukrainische Delegation die Verpflichtung übernommen hat, bis zum 15. April dieses Jahres an die Zentralmächte 30 000 Waggons Getreide, 2000 Waggons gefrorenes Fleisch und 1000 Waggons gedörrtes Obst zu liefern. Als Gegenleistung hat die Ukraine landwirtschaftliche Maschinen, chemische Produkte und Eisen zu erhalten.

Deutschland

Das Landesverratsverfahren gegen den „Vorwärts" eingestellt

Dem verantwortlichen Redakteur des „Vorwärts", Genossen Erich Kuttner, ist folgendes Schreiben zugegangen:

Der Oberreichsanwalt.

Leipzig, den 28. Februar 1918.

In der Ermittlungssache gegen Sie wegen Landesverrats erhalten Sie beifolgende Schriften mit der Mitteilung zurück, daß das Verfahren, wegen des Leitartikels „Die Forderungen der Arbeiter" in Nr. 29 des „Vorwärts" vom 29. Januar 1918 von mir eingestellt ist.

Zweigert,
Wirkl. Geh. Rat.

Ein Schreiben gleichen Inhalts erhielt auch Genosse Friedrich Stampfer.

Anfrage im Reichstage

Abg. Uhlich (Soz.) hat die folgende Anfrage eingebracht: „In einem streng vertraulichen Schreiben, von dem nach einem darin gegebenen Hinweise keinerlei Mitteilung an das Publikum und die Presse gelangen darf, teilt der Reichsverband für Herren- und Knabenbekleidung e. V., Sitz Düsseldorf, seinen Mitgliedern mit, daß die Reichsbekleidungsstelle dem großen Mangel an Oberkleidung für die minderbemittelte Bevölkerung dadurch abhelfen wolle, daß sie anstelle der Beschlagnahme der Männer- und Knabenbekleidung in den Detailgeschäften dem oben genannten Verbande die Verpflichtung zur Lieferung von 25 000 Anzügen auferlegt und den Ablieferern gestattet habe, auf den Fakturen- oder Einstandswert dieser Notstandskleidung Zuschläge bis zu 50 Prozent zu machen.

Hat der Herr Reichskanzler Kenntnis von diesem ganzen Verfahren, im besonderen von der durch die bewilligten Zuschläge bewirkten ungeheuerlichen Verteuerung der Notstandskleidung für die minderbemittelte Bevölkerung? Und was gedenkt er dagegen zu tun?

*

Preistreibereien der Reichsbekleidungsstelle.

Ueber einen ganz merkwürdigen Vorgang, der sich in den letzten Tagen in Konstanz am Bodensee abgespielt hat, berichtete der nationalliberale Abg. Koch in der badischen Kammer. Wie der Abgeordnete mitteilte, sind in Konstanz Beauftragte der Reichsbekleidungsstelle eingetroffen, haben alle einschlägigen Geschäfte aufgesucht und Waren für 800 000 Mark aufgekauft, deren Inventurwert nur 290 000 Mark betragen habe. Der Abgeordnete kritisierte scharf dieses Gebahren einer Reichsstelle, die hier in geradezu skandalöser Weise die Preise haben treiben helfen und bei der Auswucherung des Volkes vorangegangen sei. An die Regierung wurde in derselben Sitzung eine Interpellation gerichtet. Man kann auf die Antwort gespannt sein.

Pfiffig

Die Deutsche Tageszeitung will den Massen die politische Reife zugestehen! Sie knüpft nur eine ganz kleine Bedingung daran: die Arbeiterschaft dürfe sich nicht

„eine Vertretung gefallen lassen, wie die sozialdemokratische Presse und die meisten sozialdemokratischen Abgeordneten sie vorwiegend darstellen. Würden alle Arbeiter in Preußen eine derartige Vertretung, die ihre Hauptaufgabe in Volksverführung und Hetze sucht, dorthin jagen, wohin sie gehörte, dann wären wir zu unserm Teile durchaus geneigt, in der Frage der politischen Reife anders zu urteilen."

Es gehört die ganze konservative Arroganz dazu, das Volk nur dann für politisch reif zu erklären, wenn es nach dem Willen der Herren wählt. Der König absolut, wenn er ihnen den Willen tut und das Volk wahlberechtigt, wenn es konservativ wählt.

Schutzhaft für v. Oldenburg?

Zur Rede des Januschauer Junkers von Oldenburg stellt die „Internationale Korrespondenz" folgende berechtigte Frage:

„Warum läßt man eigentlich einen solchen Verbrecher wie diesen Major und Kammerherrn v. Oldenburg-Januschau frei umherlaufen, während man Hunderte harmlose Leute in Schutzhaft nimmt? Einen Mann, der mitten im schwersten Krieg den Bürgerkrieg und das Morden Deutscher durch Deutsche als ein Ideal hinstellt! Und dafür den stürmischen Beifall und größte Heiterkeit bei den Bündlern erntet."

Ja, warum diese Nachsicht dem adligen Herrn, der doch schon lange so herumtobt?!

Was würde uns wohl geschehen, wenn wir in ähnlicher Weise gegen Regierung und Konservative losgingen?

Geheimvertrag der Metallindustriellen gegen ihre Angestellten

Wie S. Aufhäuser in der „Deutschen Industriebeamten-Zeitung" mitteilt, haben 20 der größten Metallwarenfabriken Berlins, darunter A. E. G., Bergmann, Borsig, Flohr, Goerz, Ludwig Loewe, Mix u. Genest, Siemens u. Halske und Siemens u. Schuckert ab 1. Januar 1918 folgenden Geheimvertrag geschlossen:

„Wird während des Krieges mit England von einem Mitglied der Vereinigung ein männlicher oder weiblicher Beamter eines anderen Mitglieds ohne dessen Zustimmung angestellt, so ist ersteres verpflichtet, einen Beitrag in eine von dem Verband Berliner Metallindustrieller verwaltete Kasse zu zahlen gleich dem Doppelten des von dem Angestellten in den ersten zwei Jahren erzielten Mehreinkommens."

Der Zweck dieser Vereinbarung ist natürlich, den Angestellten die Erlangung besser bezahlter Stellungen, die ihnen das Hilfsdienstgesetz ausdrücklich freigelassen hat, unmöglich zu machen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß derartige geheime Konkurrenzklauseln zum Zwecke des Lohndrucks gegen die guten Sitten verstoßen. Man darf gespannt darauf sein, wie das Kriegsamt sich zu den Beschwerden der technischen Beamten über diesen Geheimvertrag stellen wird.

„Unabhängige" Differenzen

In der Fraktion der sogenannten „Unabhängigen" mehren sich die Anzeichen von starken Gegensätzen zwischen einzelnen Parteigruppen und einzelnen Führern, besonders zwischen Haase und Ledebour. Wie jetzt bekannt wird, ist es nach Schluß der Reichstagssitzung am Dienstag zwischen Haase und Ledebour zu einer heftigen Auseinandersetzung im Sitzungssaale des Reichstags gekommen. Ledebour hat sich heftig dagegen verwahrt, daß ihm Haase wegen gemachter Zwischenrufe Vorhaltungen machte. Ledebour hat Haase vorgeworfen, erst habe er sich beschwert, daß die Fraktion alles ruhig hinnähme, und dann bremse er. Auch sonst liegen Anzeichen vor, nach denen auf die Möglichkeit geschlossen werden muß, daß sich bei den „Unabhängigen" Vorgänge vorbereiten, die in dieser Partei katastrophal wirken würden.

Rußland

Große Kundgebungen in Petersburg

Stockholm, 3. März. Unruhen, die in verschiedenen Stadtteilen Petersburgs ausgebrochen sind, aber sofort wieder unterdrückt wurden, nahmen am Sonnabend den Charakter von Riesendemonstrationen an. Eine vielhundertköpfige Menge zog nach dem Smolny-Institut zu, wurde aber an der Ecke des Liteiag-Prospekts und der Furstatskaja von einer Abteilung der RotenGarde empfangen und zum Rückzug aufgefordert. Als die Menge der Aufforderung nicht Folge leistete, wurde eine Gewehrsalve abgefeuert. Mehrere Personen wurden getötet, darunter auch ein Mitglied der Konstituante.

Die Sowjets für den Frieden

Wie die „Vossische Zeitung" meldet, kann man als sicher annehmen, daß der große Sowjetkongreß in Moskau am 12. März eine unbedingte Mehrheit für den Friedensschluß der Bolschewikiregierung bringen wird. Man werde das Vorgehen der Deutschen verurteilen, sich aber mit den gegebenen Tatsachen abfinden. Die Sowjets wüßten zu gut, daß die ganze Macht und Existenz der Sowjets wie der Bolschewikiregierung untrennbar mit dem Friedensschluß verbunden seien.

Verlegung der Regierung

Petersburg, 5. März. (Reuter.) Die Abendblätter bestätigen den Beschluß der Regierung, trotz der Unterzeichnung des Friedens mit der Verlegung der Staatseinrichtungen nach Moskau, Nischninowgorod und Kasan fortzufahren. Heute wird mit der Verlegung des Kommissariats für auswärtige Angelegenheiten, für das Verkehrswesen und die Finanzen begonnen. Die Regierung wird bald die Erklärung veröffentlichen, daß es notwendig sei, die Hauptstadt nach Moskau zu verlegen, „da es unmöglich sei, die Hauptstadt an der Grenze des Staates zu belassen, wenn Petersburg zu einem Freihafen erklärt sein werde.

Verständigung zwischen Petersburg und Finnland

W. T. B. **Berlin**, 6. März. Wie die „Deutsche Tageszeitung" sich melden läßt, fanden zwischen der Regierung in Petersburg und Helsingfors Verhandlungen statt, als deren wichtigster Punkt der Entschluß Petersburgs hervorzuheben sei, seine Truppen aus Finnland zurückzuberufen.

Schweden

Das Frauenwahlrecht marschiert

Die Regierung hat dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorgelegt, der das aktive und passive Wahlrecht für die Frauen vorschlägt. —

Nun haben die Frauen das Wahlrecht in Europa bereits oder in allernächster Zeit in England, Ungarn, Rußland und Schweden. In Preußen muß dafür noch um das Wahlrecht Männer gekämpft werden.

England

Die Neuorganisation der englischen Arbeiterpartei

London, 26. Februar. (Reuter.) Eine Konferenz der Arbeiterpartei hat die neue Parteiverfassung und die Vorschläge über die Grundlagen der Mitgliedschaft angenommen. Das Ergebnis ist bemerkenswert durch die völlige Niederlage der Gruppe der Unabhängigen Arbeiterpartei. Mitglieder können Hand- und Kopfarbeiter werden. Ein Antrag, der darauf ausging, eine starke Mitgliedschaft von Kopfarbeitern zu verhindern, wurde mit überwältigender Mehrheit abgelehnt. Zwei andere Anträge, die bezweckten, die Zahl der Sitze und Stimmen der Unabhängigen Arbeiterpartei in dem ausführenden Ausschuß zu vermehren, wurde bei der ersten Abstimmung mit 1 600 000 gegen 757 000, bei der zweiten mit 1 839 000 gegen 345 000 abgelehnt.

Hierzu eine Beilage.

Verantwortlicher Redakteur J. Gehl, Danzig.
Verlag Volkswacht J. Gehl u. Co., Danzig
Druck Königsberger Volkszeitung, G. m. b. H., Königsberg i. Pr.

Walter & Fleck

Spezial-Abteilung für moderne Herren- und Knaben-Kleidung

Für den Frühjahrsbedarf empfehlen in reichster Auswahl:

Herren-Anzüge in moderner Ausführung mit Rückengurt und Falte . 368 270 225 bis **112 M**

Herren-Anzüge aus soliden Stoffen in bester Verarbeitung . . 485 362 280 bis **137 M**

Frühjahrs- und Sommer-Mäntel aus besseren dunklen und hellen Stoffen, neueste Formen . . . . . 375 285 190 bis **79 M**

Konfirmanden-Anzüge solide jugendliche Formen 345 287 220 bis **155 M**

Original Kieler Anzüge für sämtliche Alterstufen . 190 162 145 bis **87 M**

Herren-Hüte :: Herren-Mützen

56

Zentral-Bibliothek Danzig

4. Damm 7, II (Eing. Häkerg.)

ca. 2000 Bände

Geöffnet Mittwoch 7—8 Uhr
Sonnabend von 6—8 Uhr

Allen Gewerkschafts- und Parteigenossen zur unentgeltlichen Benutzung auf das wärmste empfohlen

Die Bibliotheksverwaltung

Arbeiter-Notizkalender 1918

Mit dem Porträt Karl Marx. Der vielseitige Inhalt ist den Bedürfnissen der Arbeiter und der Kriegszeit angepaßt. Außer dem reichhaltig statistischen Adressen-Material und sonst wissenswerten Notizen verdienen besonders hervorgehoben zu werden: Die deutschen Gemeinden vor und nach dem Kriege. — Vom guten Deutsch. — Sozialdemokratische Forderungen auf sozialpolitischem Gebiete. — Karl Marx — Die Gewerkschaften im Kriegsjahr 1916.

Neue Frühjahrs-Mode

Damen-Hüte
Kinder-Hüte
Damen-Bekleidung
Kinder-Bekleidung

Ausstellung im 1. Stock in unseren wesentlich vergrösserten Abteilungen für Damenputz und Damenbekleidung

Gebrüder Freymann G.m.b.H.

„Volksfürsorge"

Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungsaktiengesellschaft

Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder. Kein Policenverfall

Man verlange Prospekte von der

Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Matzenbuden 35

Führer durch das preußische Einkommensteuergesetz

Mit 19 Formularen für Eingaben und Reklamationen, sowie einem ausführlichen Sachregister

Preis 60 Pfennige

Zu beziehen durch die

Buchhandlung Volkswacht
Danzig :: Paradiesgasse

Jeder Band 1,50 Mark

- **Der Ausweg** Eine Erzählung von Ernst Preczang
- **Das Land der Zukunft** Reiseschilderungen von Sollich
- **Verschrobenes Volk** Erzählungen von L. Gröbsch
- **Der Prinzipienreiter** Erzählung von Wilhelm Bios
- **In den Tod getrieben** Zwei Erzähl. v. E. Preczang
- **Der Pariser Garten** und Anderes. Von Minna Kautsky
- **Mutter** Ein Frauenschicksal von Jos. Ferch
- **Der Morgen graut** Erzählungen von M. Andersen-Nexö
- **1000 Mark Belohnung** Kriminalroman von H. Edan
- **Vom Waisenhaus zur Fabrik** Geschichte einer Proletarierjugend von Wilhelm
- **Die Marketenderin** Erzählung aus der Zeit der Revolutionskriege von Friemann-Grolman
- **Kriegsfahrten** in Belgien und Nordfrankreich. Von Dr. K. Seeler und G. Roeder. Mit 9 Bildern und 1 Karte
- **Kriegsberichte** aus Ostpreußen und Russisch-Polen. Von Wilh. Dörwell, Kriegsberichterstatter. Mit 8 Bildern und 1 Karte
- **Herzen im Kriege** Schilderungen u. Geschichten. Kriegserzählungen von Wilhelm Bios. 2 Bände, jeder 1. Band einzeln erhältlich
- **Als Zwischendeckjewarb nach Südamerika** Erzählung von Heinrich Scharrelmann

Jeder Band 2,— Mark

- **Erweckt** Ein Roman aus dem Proletarierleben von R. Ger
- **Der Gotteslästerer** Roman aus dem Leben der ungarischen Soldatenbriefe von R. Ger
- **Die Gotterei** Eine lustige Erzählung von Otto Julius
- **Verbrechergeschichten I.** Mit einer Einleitung von Franz Niederich

Zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht
Paradiesgasse 32.